Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

8. Sitzung 2015

vom Montag, 19. Oktober 2015, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin

Anwesend

49 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber
Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege
Barbara Dumont, Mitglied der Schulpflege
Madeleine Schweizer, Leiterin Abt. Finanzen und Liegenschaften
Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen
Matthias Mundwiler, Controller
Marianne Iseli, Leiterin Personalwesen
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Sebastian Busse, Leiter Sektion Hochbau

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Hüseyin Haskaya, Einwohnerrat

T r a k t a n d e n

		Seite
1.	Mitteilungen	272
2.	Anfragen	
	2.1 Christoph Waldmeier und Matthias Keller: Anfrage betreffend einer "allfälligen Flüchtlingswelle"	273
	2.2 Martina Suter: Einflussnahme des Stadtrates auf die Dividendenpolitik der IBAarau	275
4.	Budget 2016 mit Politikplan 2015 - 2020	276
5.	Erweiterung Primarschule, Kindergarten Gönhard, Projektierungskredit	321

Traktandum 1

70. Mitteilungen

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Nach den Wahlen ist zwar wieder vor den Wahlen, aber ich hoffe doch, dass wir hier im Saal Sachpolitik betreiben können. Zur Traktandenliste liegen keine Bemerkungen vor. Wir werden heute das Budget mit einigen Anträgen beraten. Ich bitte um kurze, komprimierte Voten. Falls wir mit der Budgetberatung nicht bis um 23.00 oder 23.15 Uhr fertig sind, schlage ich vor, die drei verbleibenden Traktanden auf die nächste Sitzung vom 16. November zu verschieben. Wir haben hier vorne ein neues Zeiterfassungsinstrument. Die Beschaffung beruht auf einem kleinen Irrtum: Stadtrat Werner Schib hat beim letzten Mal nämlich gemeint, meine Wasserflasche sei eine Sanduhr. Das hat mich auf die Idee gebracht, hier vorne Sanduhren hinzustellen. Es sind verschiedene Modelle: eine Sanduhr mit 10 Minuten, eine mit 5, mit 3 und mit 1 Minute sowie eine mit 30 Sekunden. Das Reglement des Einwohnerrates besagt in § 12 Abs. 2, dass ein Mitglied des Einwohnerrates beim ersten Votum 10 Minuten Redezeit hat. Wir stellen aber immer wieder fest, dass wir bereits nach 4-5 Minuten die ersten SMS aus dem Saal erhalten, und zwar mit der Frage, ob die Vizepräsidentin die Zeit auch wirklich richtig gestoppt habe. Das heisst, dass die Aufmerksamkeit halt wirklich meistens nach einer gewissen Zeit abnimmt. Deshalb kann man bei uns auch eine etwas ehrgeizigere Zeit verlangen und erklären, man möchte heute vielleicht nur 5 Minuten sprechen. Dann wird Lelia Hunziker die grüne Sanduhr drehen. Das ist auch ein Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft. Jetzt noch zu den Mitteilungen: An der Sitzung vom 14. Dezember stehen Wahlen an. Es geht um das Präsidium und das Vizepräsidium des Einwohnerrates, um das Präsidium der FGPK und um die Stimmenzähler. Das Ratsbüro wird noch eine Liste verschicken, welche Parteien mit der Nomination an der Reihe sind. Wir werden das auch an der Präsidialkonferenz vom 9. November traktandieren, falls es noch offene Fragen geben sollte. Es ist wichtig, dass sich die Fraktionen jetzt schon über mögliche Kandidaturen Gedanken machen.

Die **Präsidentin** gibt die Entschuldigung bekannt.

71. Anfrage Christoph Waldmeier und Matthias Keller: Anfrage betreffend einer "allfälligen Flüchtlingswelle"

Am 21. September 2015 haben die Einwohnerräte **Christoph Waldmeier** und **Matthias Keller** eine Anfrage betreffend einer "allfälligen Flüchtlingswelle" eingereicht.

Die Anfrage wird wie folgt schriftlich beantwortet:

Frage 1: Gibt es ein Szenario betreffend der Unterbringung von Flüchtlingen bei einer allfälligen Route durch die Schweiz?

Unabhängig von der Route werden in einem ersten Schritt alle Asylsuchenden vom Bund in Empfang genommen und in Aufnahmezentren untergebracht. Für die Bereitstellung dieser Zentren ist der Bund zuständig. Gemäss einem festgelegten Verteilschlüssel werden die Asylsuchenden auf die Kantone verteilt. Der Aargau als viertgrösster Kanton muss 7,7% aller Asylsuchender aufnehmen. Bis zum Entscheid über den Aufenthaltsstatus liegt die Zuständigkeit beim Kanton.

Sobald der Bund den Aufenthaltsstatus geregelt hat und ein Status B oder F gesprochen wurde, haben die Flüchtlinge freie Wohnsitzwahl in der Schweiz. In der Folge sucht das Case-Management Integration des Kantonalen Sozialdienstes für die Flüchtlinge Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt. Dies geschieht ohne Zuweisungsquote. Mit der Wohnsitznahme eines Flüchtlings in einer Gemeinde fällt auch die Zuständigkeit an die Gemeinde.

Frage 2: Können wir in Aarau schnell genug reagieren, wenn die Flüchtlingsroute plötzlich durch die Schweiz führt?

Das in Frage 1 beschriebene Aufnahmeprocedere ändert sich nicht, ganz egal, welche Flüchtlingsroute gewählt wird, einzig die Anzahl der Asylsuchenden steigt. Gemäss Auskunft des Kantons ist dieser vorbereitet, für den Fall, dass mehr Asylsuchende zugewiesen werden.

Die Zunahme der Flüchtlinge in der Stadt Aarau ist abhängig von der Geschwindigkeit der Asylverfahren beim Bund, also wie schnell der Aufenthaltsstatus geregelt wird und wie viele freie Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt in der Stadt Aarau zur Verfügung stehen. Die Stadt Aarau stellt keine zusätzlichen spezifischen Wohnungen zur Verfügung.

Zu sagen ist hier aber auch, dass die Stadt Aarau ihre Aufnahmequote nicht zuletzt wegen den kantonalen Unterkünften erfüllt.

Frage 3: Wer hätte in Aarau den Lead für das Flüchtlingsmanagement?

Die Stadt Aarau hat mit dem Kanton eine Vereinbarung abgeschlossen, dass der Kantonale Sozialdienst zuständig ist für die Betreuung von vorläufig aufgenommen Ausländerinnen und Ausländern. Für die Betreuung der Flüchtlinge hat die Stadt Aarau eine Leistungsvereinbarung mit der Caritas Aargau abgeschlossen.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass der Kanton Aargau und die Stadt Aarau in engem Austausch stehen. Die Informationen des Kantons an die Stadt erfolgen in der Regel zeitgerecht.

Christoph Waldmeier: Bei der Frage 2 habe ich gefragt, ob man auch schnell genug reagieren könne, wenn die Flüchtlingsroute plötzlich durch die Schweiz führen würde. Die Frage ist wirklich, wie das wäre, wenn es sehr schnell und plötzlich passieren würde, wenn also eine Riesenmenge von Flüchtlingen z.B. in Chiasso unten stehen würde. Hat Aarau da irgendwelche Sonderaufgaben? Da weiss man auch nichts Genaueres darüber.

Angelica Cavegn Leitner, Vize-Stadtpräsidentin: Ich gebe hier gerne kurz und bündig Antwort: Auch bei einem solchen Szenario liegt das Vorgehen in der Kompetenz des Kantons. Wir sind regelmässig im Kontakt und werden entsprechend auch reagieren, wenn so etwas in Chiasso unten eintreffen würde. Der Lead liegt aber beim Kanton.

Die **Anfragesteller** sind von dieser Antwort befriedigt.

72. Anfrage Martina Suter: Einflussnahme des Stadtrates auf die Dividendenpolitik der IBAarau

Am 15. Oktober 2015 hat Einwohnerrätin **Martina Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragen eingereicht:

1. *Ist der Stadtrat gewillt, mit der IBAarau das Gespräch zum Thema "Erhöhung der Dividende für eine befristete Zeit" aufzunehmen?*

2. *Ist in der Eigentümerstrategie enthalten, wie mit hohem Eigenkapital umgegangen werden muss? Ist die Dividendenpolitik darin festgelegt? Wann wurde die Eigentümerstrategie zum letzten Mal analysiert oder angepasst?*

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ganz kurz die Antworten zu dieser Anfrage:

Frage 1: Dazu kann ich sagen, dass Gespräche zur Dividendenpolitik momentan im Gange sind.

Frage 2: Die Eigentümerstrategie ist im Oktober 2014, also vor genau einem Jahr, zum letzten Mal vom Stadtrat angepasst worden. In dieser Eigentümerstrategie ist die Dividendenpolitik wie folgt umschrieben: "Der Stadtrat erwartet, dass das Unternehmen eine marktgerechte Dividende ausschüttet." In der Eigentümerstrategie sind folgende Aussagen zum Eigenkapital resp. zur Eigenkapitalrendite enthalten: "Der Stadtrat erwartet, dass das Unternehmen eine nachhaltige, angemessene Eigenkapitalrendite aufweist und dass der Grund der Eigenkapitalisierung der Unternehmensgruppe periodisch überprüft wird." Unter anderem zur Überprüfung dieser Eigenkapitalisierung verlangt der Stadtrat jährlich einen speziellen Erläuterungsbericht von der Revisionsgesellschaft der IBAarau AG. Darin kann für das letzte Jahr nachgelesen werden, dass die Revisionsgesellschaft aufgrund des Jahresabschlusses 2014 "…den Eigenfinanzierungsgrad für ein Unternehmen der Energiebranche als angemessen, insb. unter Berücksichtigung der künftigen Investitionen ins Netz und in die Produktion sowie in die Erneuerung des Kraftwerkes und der Risiken der Markliberalisierung" hält. Das sind meine Ausführungen zu dieser Anfrage.

Die **Anfragestellerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

73. Budget 2016 mit Politikplan 2015 - 2020

Mit Botschaft vom 31. August 2015 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden:

Anträge: *Zum Budget*

1. *Das Budget 2016 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit einem Steuerfuss von 103 % zu genehmigen.*

2. *Es sei die Produktegruppe 21 in "Stadtmuseum Aarau" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*

3. *Es sei die Produktegruppe 73 in "Bestattungswesen und Grünflächenpflege" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*

Zum Politikplan

Der Einwohnerrat möge vom Politikplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2015 - 2020 Kenntnis nehmen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei diesem Geschäft liegen ein **Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion** sowie **diverse Abänderungsanträge** vor. Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 22. September 2015 ausführlich beraten. Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen. Ich schlage für die Beratung folgenden Ablauf vor: Nach dem Kommissionsreferat der FGPK werden wir über das Eintreten resp. über die Rückweisung debattieren. Nach der Abstimmung zur Rückweisung wird das Traktandum 3 entweder beendet oder wir gehen in die Beratung. Wenn das der Fall ist, werden wir wie folgt vorgehen: Zuerst kommt die Globaldebatte zum Budget und zum Politikplan, danach die Detaildebatte. Dabei werden wir das Dokument Seite für Seite durchgehen und an den entsprechenden Stellen auch gleich über die Abänderungsanträge abstimmen. Dazu gehört natürlich auch das Investitionsbudget. Am Schluss werden wir eine Ausmarchung der Steuerfüsse durchführen. Mit dem obsiegenden Steuerfuss gehen wir dann in die Schlussabstimmung. Beim Politikplan handelt es sich um eine Kenntnisnahme. Da werden wir nicht abstimmen. Wenn wir darüber diskutiert haben, ist es dann von uns zur Kenntnis genommen worden. Zu diesem Vorgehen liegen keine Wortmeldungen vor. Die bereits eingegangenen Anträge haben wir hier vorne aufgelistet und sie sind vorgemerkt. Falls wir einen Antrag vergessen sollten, so bitten wir Sie, sich dann möglichst schnell zu melden und auf sich aufmerksam zu machen. Wenn noch zusätzliche Anträge dazukommen, wären wir froh, wenn wir sie in einer schriftlichen Form auf einem Zettelchen hier vorne erhalten würden. Das macht das Ganze dann etwas einfacher. Bevor wir zur Beratung des Rückweisungsantrags kommen, erfolgt das Referat der FGPK.

Markus Hutmacher, Präsident FGPK: Die FGPK hat sich am 22. September 2015 mit dem Budget beschäftigt. Als Auskunftspersonen sind uns die Stadtpräsidentin Jolanda Urech, die Leiterin der Abteilung Finanzen und Liegenschaften, Madeleine Schweizer, und der Controller, Matthias Mundwiler, zur Verfügung gestanden. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten für die grosse und auch im Ergebnis gute Arbeit bedanken, die im Budget- und Stabiloprozess geleistet worden ist. Einleitend stellte Jolanda Urech fest, dass ein Budget gut sei, wenn es ausgeglichen ist, das heisst, wenn die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen oder sogar noch Mittel übrig bleiben, welche für Investitionen eingesetzt werden können. Ein solches Budget war auch das Ziel des Stadtrates. Wenn ein Budget nicht ausgeglichen ist, bestehen verschiedene Möglichkeiten: Reduktion des Aufwandes, Steigerung des Ertrages, Einflussnahme auf die Höhe der Investitionen. Die Sparprogramme Stabilo 1 und 2 haben genau diese Ziele verfolgt. Bezüglich des Aufwands kann festgehalten werden, dass eine sorgfältige und restriktive Budgetierung stattgefunden hat. Auch innerhalb der Verwaltung wurden Ausgaben noch mehr als früher hinterfragt. Der Nettoaufwand ist gesunken. Der Budgetprozess läuft konkret so ab, dass die Abteilung Finanzen und Liegenschaften sämtliche einmalige Budgetbeträge aus dem Vorjahresbudget gestrichen hat. Dieses "Budgetgerüst" war Ausgangslage für die Budgetierung durch die Verantwortlichen der Produktegruppen. Es umfasst nur noch die wiederkehrenden Aufwendungen und Erträge. Abweichungen gegenüber dem Grundbudget müssen jeweils begründet werden. Neue Projekte wurden kritisch hinterfragt. Die Neubesetzung von Stellen mussten beim Stadtrat beantragt und begründet werden. Es sind jeweils auch Karenzfristen einzuhalten. Bei Konten im Bereich Material- und Warenaufwand hat der Stadtrat eine zusätzliche, pauschale Kürzung von 10% vorgenommen. Der Stadtrat hat zudem beschlossen, keine Lohnerhöhung für das Personal zu budgetieren. Da in den letzten Jahren keine oder nur sehr bescheidene Lohnerhöhungen möglich waren, sollen dem Personal einmalig im Jahr 2016 zwei zusätzliche Freitage gewährt werden. Diese Wertschätzung erscheint dem Stadtrat wichtig. Im Budget 2016 sind die vom Einwohnerrat bewilligten Stabilo 2-Massnahmen enthalten. Sie wirken sich mit einer Aufwandreduktion von rund 1,4 Mio. Franken aus. Beim Steuerertrag wurde der Stabilo-Beschluss des Einwohnerrates umgesetzt und ein Steuerfuss von 103% abgebildet. Dank dem Ergebnis aus der Finanzierung ist das operative Ergebnis schlussendlich positiv. Der Finanzertrag setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen: Dividende IBA, Mieterträge und Fondserträge. Der Ertrag von 2,1 Mio. Franken aus dem Anlagefond kann dank der angehäuften Schwankungsreserve als ziemlich gesichert betrachtet werden, auch wenn das Nettovermögen sinkt. Trotz Sparbemühungen gibt es aber auch immer wieder unbeeinflussbare Mehrbelastungen oder Mindereinnahmen. Es geht dabei um Aufgaben, welche vom Kanton auf die Gemeinden überwälzt werden. So wird aus der Neuordnung des Finanzausgleichs eine Mehrbelastung von rund 1,4 Mio. Franken erwartet. Eine Zunahme von rund 0,5 Mio. Franken wird bei der Sozialhilfe erwartet. Die Steuerprognose zeigt zudem, dass bereits in diesem Jahr 2015 mit einem Rückgang des Steuerertrags zu rechnen ist. Die Investitionen umfassen ein Volumen von 45 Mio. Franken, wobei erfahrungsgemäss nicht immer alles umgesetzt werden kann. Der Finanzierungsfehlbetrag beläuft sich auf 27 Mio. Franken. Die Basisvariante des Politikplans basiert ebenfalls auf einem Steuerfuss von 103%. Bei den Nettoinvestitionen geht man im Politikplan von einem Realisierungsgrad von 70% aus. Die Massnahmen aus Stabilo 2 sind ab 2018 mit 2,8 Mio. Franken eingerechnet. Ab 2018 können die Stabilo 2-Ziele erreicht werden und ab 2020 bestehen keine Finanzierungsfehlbeträge mehr. Der Stadtrat ist überzeugt, dass sich die Anstrengungen für die beiden Stabilopakete gelohnt haben und dass es aufwand- und ertragsseitige Massnahmen braucht. Der Stadtrat befürwortet selber eine Steuerfusserhöhung auf 100%. Zusammenfassend hielt die Auskunftsperson fest, dass man heute auf einem guten Weg sei. Es werden aber weitere Massnahmen notwendig sein. Zuerst müssen nun aber alle Stabilo 2-

Massnahmen intern verarbeitet werden. Dieser Aufwand, welcher zusätzlich zum Tagesgeschäft geleistet werden muss, ist nicht zu unterschätzen und wird viele Kräfte binden. Die Arbeiten sollen sauber und sorgfältig gemacht werden, was den Einbezug der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig macht. Einige Stabilo 2-Massnahmen werden auch erst mittelfristig eine Entlastung bringen. Der Stadtrat weiss, dass man mit dem Budget 2016 noch nicht am Ziel ist. Es wäre ihm aber wichtig, dass das Budget 2016 gesichert werden könnte, damit für die Weiterarbeit eine gute Basis besteht. Seitens des Stadtrates wird erwartet, dass sich der Einwohnerrat diesbezüglich zusammenrauft. In der Beratung diskutierte die FGPK, ob die Entscheidung, die Lohnsumme nicht zu erhöhen und dafür zwei Freitage zu gewähren, richtig sei. Einerseits wurde angeregt, dass im unteren Lohnbandbereich die Löhne angehoben werden sollten. Dies ist aber auf Grund des Personalreglements nicht möglich. Weiter hat es sich im letzten Jahr gezeigt, dass es sinnvoller ist, ab und zu wieder höhere Lohnerhöhungen auszurichten, da die kleineren Beträge nicht nur auf grosse Begeisterung gestossen sind. In den meisten Bereichen der Stadtverwaltung sollten die zwei zusätzlichen Freitage keine Kosten auslösen. In einzelnen Fällen kann es sein, dass es zu Überzeitguthaben kommen kann. Es ist aber so, dass andere Ereignisse wie Krankheitsfälle, Militärdienst oder Vakanzen bei Stellenneubesetzungen viel gravierenderen Einfluss auf die Arbeitsbelastung haben. In den Altersheimen wird dagegen Aushilfspersonal eingesetzt werden müssen. Es kann aber nicht genau definiert werden, welche Kosten dort anfallen werden. Die zwei zusätzlichen Freitage sind als einmalige Aktion im Jahr 2016 vorgesehen. Als Information erhielten wir zudem, dass Stabilo-Massnahmen wie im Bereich Kultur, welche noch einmal durch den Einwohnerrat zu bewilligen sind, das Budget übersteuern werden. Zu den Produktegruppen möchte ich noch einige Sachen festhalten. Zur PG 03, Stadtbüro: Das E-Voting Pilotprojekt wird Verzögerungen erfahren, weil die Bundeskanzlei die Software der Konsortiumskantone nicht freigegeben hat. Die neun Kantone, die sich zur Entwicklung eines E-Voting-Systems zusammengetan hatten, verzichten nun auf eine Weiterentwicklung des Projekts. E-Voting wird 2016 kein Thema mehr sein. Zur PG 04, Organisation und Informatik: Die Nettokosten dieser PG sind tiefer als im Budget 2015, aber höher als in der Rechnung 2014. Dies hat insbesondere mit den Zinsen und Abschreibungen zu tun. Viele für 2015 geplante Projekte haben aber auch Verzögerungen erfahren. In der PG 20, Kultur, wurde der Antrag gestellt, die Kulturbeiträge seien im Budget 2016 um 40'000 Franken zu reduzieren. Dieser Antrag wird damit begründet, dass mit einer Reduktion um 40'000 Franken die Unterstützungsbeiträge des Budgets 2015 beibehalten, die wegfallenden Beiträge aber nicht anderweitig eingesetzt werden können. Es geht darum, dass mit dem Budget 2016 keine neuen Fakten geschaffen werden. In der Diskussion wurde festgehalten, dass der Stabilo-Bericht zur Kultur abgewartet und keine Entscheide im Budget vorweggenommen werden sollten. Der Abänderungsantrag wurde mit 7 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen abgelehnt. Zur PG 23, Stadtbibliothek: Die Innovation, am Sonntag die Bibliothek zu öffnen, wird begrüsst. Am Schluss der Sitzung wurde der Steuerfuss diskutiert. Wie zu erwarten war, wurden verschiedene Anträge gestellt. Auf die geäusserten Argumente über die richtige Höhe des Steuerfusses will ich hier nicht eingehen, da diese heute Abend sicher auch noch mehrfach erwähnt werden. Bei der Vorabstimmung über die Abänderungsanträge gab es 2 Stimmen für 94% und 7 Stimmen für 100%. In der Gegenüberstellung von 100% gegenüber 103% siegte dann im Verhältnis 8 zu 1 Stimme der stadträtliche Antrag mit 103%. In der Schlussabstimmung wurde mit 6 gegen 3 Stimmen dem Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 103% zugestimmt. Die beiden anderen stadträtlichen Anträge, also die Umbenennung der beiden Produktegruppen, wurden einstimmig genehmigt.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zum **Rückweisungsantrag der SVP,** welcher wie folgt lautet:

Das Budget 2016 sei an den Stadtrat zurückzuweisen, verbunden mit der Auflage, dieses zu überarbeiten und ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 94% vorzulegen.

Simon Burger: Ich werde für mein Votum sicher einige Minuten brauchen, aber nicht länger als 10 Minuten. Wenn Sie mir dann zustimmen, können wir die Sandührchen weglegen und zum Bier gehen. Kommen wir jetzt aber zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion: Auf den ersten Blick sieht das vorliegende Budget der Stadt Aarau gut aus, es resultiert ein Budgetüberschuss von 2,2 Millionen. Auf den zweiten Blick sieht es anders aus: Der Budgetüberschuss wird vor allem durch höhere Steuern und Abgaben erwirtschaftet, nachhaltige Einsparungen sind nicht erkennbar. Wie man dem Budget auf Seite 118 entnehmen kann, wächst der betriebliche Aufwand von Jahr zu Jahr: Im Jahr 2015 betrug dieser rund 121 Mio. Franken und in den nächsten fünf Jahren wird er sich um jährlich durchschnittlich 1,3 Mio. Franken oder 2 Steuerprozente erhöhen. Von Sparen kann da eigentlich keine Rede sein. Die Nettoinvestitionen sind in den vergangenen Jahren regelrecht explodiert und erreichen 2016 einen Rekordwert von 42 Mio. Franken. Im Jahr 2013 waren die Investitionen noch halb so hoch und beliefen sich auf 21 Mio. Franken. Im Ergebnis hat sich die Stadt Aarau massiv verschuldet, und Ende 2016 werden sich die Schulden im Vergleich zum Jahr 2014 von 51 Mio. auf 94 Mio. Franken fast verdoppelt haben. Das Nettovermögen schmilzt dahin und wird sich bis zum Jahr 2020 mehr als halbieren: von 7000 Franken pro Einwohner im Jahr 2010 auf 2800 Franken pro Einwohner im Jahr 2020. Ich verweise hier auf Seite 121 im Budget. Offenbar völlig ausser Acht gelassen werden auch die Abschreibungen. Alleine die für das Jahr 2016 geplanten Investitionen von 42 Mio. Franken werden über den Abschreibungszeitraum von 35 Jahren Abschreibungen von jährlich 1,2 Mio. Franken oder 2 Steuerprozenten nach sich ziehen, und dies notabene 35 Jahre lang. Die Abschreibungen werden in den kommenden Jahren einen immer grösseren Teil unseres Budgets einnehmen und unseren finanziellen Spielraum weiter spürbar reduzieren. Vor diesem Hintergrund legt der Stadtrat ein Budget vor, das keine nachhaltigen Sparmassnahmen erkennen lässt. Der betriebliche Aufwand ist im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert und das Budget kann nur durch höhere Abgaben und Gebühren sowie massiven Steuererhöhungen von 9% ausgeglichen werden. Dabei ist bereits heute absehbar, dass ohne einschneidende Sparmassnahmen weitere substantielle Steuererhöhungen nötig sein werden. Der mangelnde Sparwille wurde auch bei der Stabilo 2-Debatte augenfällig. Bereiche, in denen substantielle Einsparungen möglich gewesen wären, wie z.B. die Kultur, wurden ausgeklammert und auf später verschoben. Im Ergebnis ist Stabilo aber nur ein Tropfen auf den heissen Stein und soll nun dazu dienen, die massiven Steuererhöhungen zu rechtfertigen. Dazu das Stichwort "Opfersymmetrie". Das Ergebnis der finanzpolitischen Fehlleistungen der vergangenen Jahre sind höhere Steuern und Abgaben. Mit anderen Worten können die Einwohnerrinnen und Einwohner der Stadt Aarau die Zeche bezahlen. Die SVP-Fraktion ist nicht gewillt, diese Politik mitzutragen und verlangt sofort sichtbare Aufwandreduktionen. Wir stellen deshalb den Antrag, dass das vorliegende Budget 2016 an den Stadtrat zurückgewiesen wird. Dieser soll das Budget nochmals gründlich überarbeiten und ein ausgeglichenes Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 94% vorlegen. Dabei ist es selbstverständlich dem Stadtrat als Exekutive und seiner Verwaltung überlassen, welche Positionen er in welchem Umfang kürzen will. Die SVP hat in ihrem schriftlichen Antrag aber diverse Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt. So würde schon nur eine Kürzung des Personalbudgets sowie des Sach- und Betriebsaufwands um 5%, was durchaus als moderat angesehen werden kann, zu Einsparungen von fast 3 Mio. Franken oder 5 Steuerprozenten führen. Weitere Einsparungsmöglichkeiten sehen wir bei der Informatik, der Kultur und der freiwilligen Sozialarbeit, wo gesamthaft weitere rund 3 Mio. Franken oder 5 Steuerprozente eingespart werden

könnten. Mit anderen Worten wäre es also durchaus möglich, ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 94% zu präsentieren. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die SVP-Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer darauf hingewiesen, dass wir zu viel Geld ausgeben. Wir wurden leider nicht gehört. Vielmehr haben wir Geld wie eine Horde betrunkener Seeleute ausgegeben. Nun stellt sich langsam der Kater ein und es gibt leider nur eines: Der Gürtel muss enger geschnallt werden. Es darf nicht sein, dass die Aarauerinnen und Aarauer durch höhere Steuern und Gebühren die Zeche für eine verfehlte Ausgaben- und Investitionspolitik der vergangenen Jahre zahlen müssen. In diesem Sinne ersuche ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Es liegt ein Rückweisungsantrag der SVP vor, wie wir auch schon im Juni 2015 im Rahmen von Stabilo 2 einen solchen Rückweisungsantrag entgegennehmen und hier im Saal behandeln durften. Es hat sich seither in der Haltung des Stadtrates natürlich nicht so viel geändert. Ich weise aber gerne noch einmal auf einige Punkte hin: Das Budget 2016, welches jetzt dem Einwohnerrat vorgelegt worden ist, zeigt tatsächlich ein positives operatives Ergebnis in der laufenden Rechnung. Allerdings ist es, wie bereits erwähnt wurde, nur aufgrund des Ergebnisses der Finanzierung positiv. Das ist natürlich nicht einfach erfreulich. Das Budget zeigt weiter auf, dass rund 1 Mio. Franken aus Stabilo 2-Massnahmen darin enthalten sind. Es zeigt, dass das Budget nicht nur isoliert betrachtet werden kann, sondern im Rahmen einer längerfristigen Planung angeschaut werden muss, und das wäre schlussendlich der Politikplan. Wenn man den Politikplan anschaut, dann sieht man, dass sich das operative Ergebnis in den Jahren 2015 - 2020 verbessern wird. Bei einem Steuerfuss von 103% wird es sich positiv verändern, bei einem Steuerfuss von 100% bis 2018 negativ und bis 2020 positiv mit einem kleinen Überschuss. Es zeigt ebenfalls, dass sich Stabilo 1 und 2, nämlich die 2,7 Mio. und die 2,8 Mio. Franken, total also 5,5 Mio. Franken, wiederkehrend positiv auswirken. Es zeigt, dass sich die sorgfältige und restriktive Budgetierung ausbezahlen wird, d.h., dass der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung gespart hat und weiterhin sparen wird. Es wurde verzichtet und neue Projekte werden kritisch hinterfragt. Auch wiederkehrende Ausgaben werden kritisch hinterfragt. Geprüft werden bessere und günstigere Alternativen usw. Wir haben, zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, diesen Weg eingeschlagen und sind der Meinung, dass wir auf gutem Weg sind. Man sieht ebenfalls, dass die Nettoinvestitionen, wie es vorhin bereits gesagt wurde, im Jahr 2016 sehr hoch sind. Wenn man aber auch hier wieder den Politikplan anschaut, welcher hinterlegt ist, so sieht man, dass die Nettoinvestitionen in den Jahren 2015 - 2025 im Durchschnitt bei 20,8 Mio. Franken liegen. Wenn man es vom Jahre 2018 an anschaut, werden sie im Durchschnitt bei 17,6 Mio. Franken liegen. Es stimmt, dass die beiden Jahre 2016 und 2017 sog. "Ausreisser" sind. Der ausgeglichene Finanzierungssaldo wird bei rund 18 Mio. Franken liegen. Das ist eine Zielgrösse, welche der Stadtrat definiert hat. Er hat gesagt, dass sich die Stadt mit 15 Mio. Franken gar nicht mehr richtig entwickeln könnte. Der Stadtrat hat zudem gesagt, und das schlägt sich hier jetzt auch nieder, dass es ausgaben- und einnahmenseitig Massnahmen braucht. Der Stadtrat stellt somit fest, dass wir nicht am Ziel, aber auf gutem Wege sind. Das bis jetzt Erreichte soll konsolidiert werden. Aufträge, welche im Rahmen von Stabilo 2 ausgelöst worden sind, sollen umgesetzt werden. Die Aufträge, welche sich umsetzen lassen, werden intern sehr viele Kräfte und viel Zeit binden. Das Fazit daraus lautet folgendermassen: Wie ich gesagt habe, sind wir auf gutem Weg, aber nicht am Ziel. Wir können mit dem Budget nicht zufrieden sein, um zu sagen, wir müssten in Zukunft nichts mehr tun. Der Stadtrat und auch der Einwohnerrat können sich nicht zurücklehnen. Da machen wir uns gar nichts vor. Die Gretchenfrage ist jetzt eigentlich nur, ob der Einwohnerrat deshalb das Budget zurückweisen muss oder nicht. Der Stadtrat meint, das sei nicht nötig. Er möchte

vielmehr, dass dieses Budget mit dem heutigen Stand, welcher zugegebenermassen noch nicht das höchste aller Gefühle bedeutet, gesichert wird. Er meint, dass es eine gute Basis für die Weiterarbeit in der Zukunft ist. Es ist auch intern für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich Weiterarbeit wichtig zu wissen, dass sie jetzt von diesem Stand ausgehen können. Hinter all dem stehen ja Personen, welche weiterarbeiten und etwas umsetzen können müssen. Das soll alles im Wissen darum passieren, dass wir uns nicht zurücklehnen können. Deshalb möchte ich Sie bitten, das Budget jetzt in diesem Sinne anzunehmen, dass es heute vorliegt, dass Sie sich in die Debatte einbringen und auch sagen können, welche Leistungen Sie gar nicht mehr als notwendig erachten und gestrichen werden sollen. Damit würden Sie auch eine Verantwortung für die ganze Budgetformung übernehmen. In diesem Sinne beantragt Ihnen der Stadtrat, den Rückweisungsantrag abzulehnen und in die Budgetdebatte einzusteigen. Noch eine ganz kleine Ergänzung zu den Ausführungen von Simon Burger: Er hat auf den Anhang mit den Vorschlägen verwiesen. Es ist natürlich immer sehr einfach, prozentuale Kürzungen zu fordern, aber am Schluss ist die Wahrheit immer ganz konkret. Das kennen wir ja. Wir wissen, wie die Arbeitsabläufe sind und welche Personen welche Arbeiten ausführen. Aus diesem Grund vertritt der Stadtrat die Auffassung, dass genau hingeschaut werden soll. Mit organisatorischen Massnahmen können sicher gewisse Einsparungen erreicht werden, aber es soll nicht mit generellen Kürzungen über alles hinweggegangen werden, da dies doch gewisse Ungerechtigkeiten schaffen kann oder es Leistungen treffen könnte, welche man gar nicht unbedingt abbauen möchte.

Ulrich Fischer: Wir werden den Rückweisungsantrag der SVP nicht unterstützen. Weil es heute Abend wohl noch eine lange Diskussion gibt, hier jetzt nur drei kurze Einwürfe zum Thema: Erstens ist es für uns schwer nachzuvollziehen, wenn eine Partei schon in ihrem Programm verspricht, nie für Steuererhöhungen einzustehen. Mit dieser Haltung ist man dann nur bei den Steuersenkungen dabei. Dass ein Budget ein dynamischer Prozess ist mit einer Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben wird dabei einfach negiert. Auch bei uns sind die Rückweisungsanträge der SVP negativ angekommen. Wir haben gesehen, dass sich diese Partei dem Stabilo-Prozess und der Diskussion dazu verweigert. Auch die Abänderungsanträge der FDP sind schwer zu verstehen. Kurzfristiger Personalabbau in der vorgeschlagenen Grössenordnung ist schwer nachvollziehbar. Wir haben auch Mühe mit der Grundhaltung der FDP, wenn Stadtverwaltung und Personal grundsätzlich mit so einer Art Misstrauen bis Feindseligkeit begegnet wird. Die Verwaltung ist ein Teil eines demokratischen Staates. Mir ist das wichtig und ich kann da nicht einfach für's Sparen eintreten. Unsere Partei ist sehr offen für Kompromisse. Wir sehen hier aber eigentlich gar keine Kompromissbereitschaft. Es fällt auch schwer, zumindest für mich, hier nicht den Ideologiebegriff abwertend zu verwenden. Zweitens geht es um ein tabuisiertes Thema, dies sei vor allem den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten der SVP aus Aarau Rohr in Erinnerung gebracht: Rohr hatte einen Steuerfuss von 120%, dies aufgrund der geringeren Steuerkraft und der verschiedenen Investitionen, welche nötig waren. Aarau hat bei der Abstimmung über die Fusion den Steuerfuss auf 98% gesenkt und mit der Fusion mit Rohr dann auf 94%. Die Rohrer sind somit von 120% auf 94% gekommen. Wir haben einen Viertel neuer Einwohner bekommen. Die Infrastrukturleistungen des neuen Stadtteils Rohr wurden jedoch mit dem neuen Steuersubstrat von 94% der Rohrer Einwohnerinnen und Rohrer gemacht. Ich glaube einfach, man hätte schon mit der Fusion den Steuerfuss in Aarau um mindestens 4% erhöhen müssen, man hat ihn aber gesenkt. Eine Diskussion darüber wurde vermieden, weil die Fusion raumplanerisch sinnvoll war und man die Volksabstimmung nicht gefährden wollte. Ich war damals noch nicht im Einwohnerrat und habe das gar nicht so intensiv verfolgt. Angesichts der Tatsache, dass man es eigentlich schon damals versäumt hat, über den Steuerfuss zu sprechen, fällt es heute be-

sonders schwer, den Rückweisungsantrag der SVP sachlich zu verstehen. Drittens wurde gesagt, ein niedriger Steuerfuss sei nötig, um im Steuerwettstreit bestehen zu können und die Stadt Aarau attraktiv zu lassen. Diese Aussage ist an und für sich in Ordnung. Nur entsteht die fehlende Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben als Zentrumsstadt nicht durch ein Missmanagement der Stadtverwaltung. Das bildet sich in allen umliegenden Gemeinden und vergleichbaren Städten ab, so z.B. auch in Baden. Mit dieser Stadt vergleichen wir uns ja oft. Suhr diskutiert eine Heraufsetzung des Steuerfusses auf 113%, obwohl hier weniger Zentrumsaufgaben anfallen. Dieses Argument kann man gar nicht entkräften, wenn man sagt, Aarau habe mehr Steuerkraft, denn die meisten Gemeinden planen aus diesen Gründen eine Steuererhöhung. Ich finde, wir sollten heute Abend einen Entscheid finden, der erlaubt, in den nächsten Jahren das Haushaltsgleichgewicht gemäss Gemeindegesetz wieder einzuhalten. Dies geht eigentlich nur mit einer Steuerfusserhöhung und nicht nur mit den Stabilo-Massnahmen, welche realisiert sind oder noch kommen werden. Die Steuerfusserhöhung sollte von einer möglichst breiten Mehrheit im Einwohnerrat getragen werden. Aus diesen Gründen lehnen wir den Rückweisungsantrag der SVP ab.

Lukas Häusermann: Die CVP-Fraktion hat kein Verständnis für diesen Antrag der SVP. Ich habe mich mit so vielen anderen Sachen beschäftigt, dass es relativ schwierig ist, hier noch konkret etwas dazu zu sagen oder ein langes Votum zu halten. Aber einige Punkte habe ich mir doch noch aufgeschrieben: Es ist so, dass es sich um eine alt bekannte Thematik handelt. Es wissen alle, dass die CVP im Grundsatz derselben Meinung ist. Wir sind noch lange nicht am Ziel und der Stadtrat und der Einwohnerrat müssen da noch viele Aufgaben machen. Die Realität sieht im Moment einfach anders aus. Dieses Ergebnis konnten wir erzielen und ich glaube, das müssen wir irgendeinmal auch akzeptieren. Fast der wichtigste Punkt scheint mir zu sein, und das sollte vielleicht auch die SVP langsam gelernt haben, dass eine Rückweisung oder eine Verweigerungshaltung in dieser Debatte einfach kontraproduktiv ist. Wir wären – und dabei erinnere ich an das Budget 2011 oder auch an die Debatte im Juni 2015 zu Stabilo – schlichtweg auch von der bürgerlichen Seite her weiter, wenn sich die SVP hier nicht immer wieder verweigern würde. Insofern wäre ich froh, wenn jetzt vielleicht auch im Nachgang der Wahlen das staatstragende und verantwortungsbewusste Moment in der SVP ebenfalls gestärkt hervorgegangen wäre. Vielleicht kann man dann sogar einmal einen solchen Antrag zurückziehen.

Martina Suter: Das Ziel ist nicht erreicht. Unsere Haltung zum Budget kann nur dieselbe sein wie diejenige zum Schlussbericht von Stabilo 2. An den Zahlen hat sich in der Zwischenzeit nichts geändert. Statt 4-6 Mio. Franken einzusparen, sind es knappe 3 Mio. Franken geworden. Die externen Kosten von 700'000 Franken für die ganze Stabilo-Übung sind gar nicht eingerechnet und von den internen Kosten muss man gar nicht sprechen, die sieht man nirgends. So ist es auch nicht erstaunlich, dass dann vom Stadtrat quasi auf einmal auch noch die Stabilo 1-Einsparungen dazugerechnet werden, um die Bilanz der ganzen Stabilo-Übung nicht ganz so schlecht aussehen zu lassen. Aus unserer Sicht kann definitiv nicht von einem Sparbudget gesprochen werden. Allenfalls kann gesagt werden, dass in einigen Bereichen optimiert worden ist. Eine Rückweisung war aber bei uns in der Stabilo-Debatte kein Thema und ist es auch heute nicht. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Finanzlage zu erarbeiten entspricht eher dem FDP-Stil. Ich verweise deshalb noch kurz auf die verschiedenen Anträge, welche wir zum Budget eingereicht haben, so z.B. auch die Anfrage zur Dividendenpolitik der IBAarau oder die Initiative zur Schuldenbremse. Erlauben Sie mir noch ganz kurz eine Bemerkung zum Kommentar der Stadtpräsidentin Jolanda Urech, dass keine globalen Reduktionsvorgaben gemacht werden sollten: Es ist unmöglich, und ich würde mir das auch

niemals anmassen wollen, konkrete Sparvorschläge zu machen, was das Personal oder die Abläufe in der Verwaltung anbelangen. Dafür sind wir Einwohnerräte wirklich viel zu weit weg und es fehlt uns jedes Knowhow oder jeder Einblick, um das machen zu können. Ich glaube, es ist auch nicht unsere Aufgabe, im operativen Teil in diesem Sinne einzugreifen. Ich habe vorhin von Pro Aarau von der Kompromissbereitschaft gehört: Gerne hätten wir auch einmal Vorschläge von dieser Seite her vielleicht zu einer Aufwandreduktion gehört und nicht nur von einer massiven Steuererhöhung, welche das Problem lösen sollte. Ich denke, da macht man es sich wirklich etwas einfach. Was mich vorhin sehr überrascht hat, ist die Aussage, dass man uns quasi ein Misstrauen in die Verwaltung unterstellt, nur weil wir eine Reduktion des Aufwands erwarten, das wünschen oder denken, dass dies möglich wäre. Im Rahmen von Stabilo hat es einen Bericht für die Verwaltung gegeben. Es ist in Aussicht gestellt worden, dass Optimierungspotential in der Verwaltung vorhanden sein sollte. Wenn wir also einen solchen Antrag stellen, finde ich etwas dicke Post, wenn man uns da ein Misstrauen in die Verwaltung vorwirft oder da einen Konnex macht.

Oliver Bachmann: Auch von unserer Seite kommt eine Ablehnung dieses Rückweisungsantrags. Wir würden jetzt auch gerne ein Bier trinken gehen, aber unsere Verantwortung ist heute Abend eine andere. Wir müssen die Finanzen der Stadt Aarau ein Stück mehr in Ordnung bringen und das können wir nur, indem wir uns eben dieser Diskussion nicht verweigern, sondern uns entscheiden und Beschlüsse fassen. Die SVP-Fraktion hatte im Rahmen der Arbeitsgruppe Stabilo die Möglichkeit, sich oder eigene Sparideen einzubringen. Das hat sie nicht getan. Sie hatte die Möglichkeit, an der Stabilo-Debatte im Juni teilzunehmen. Auch das hat sie nicht gemacht. Sie hat jetzt die Möglichkeit zu sagen, wo ein Leistungsabbau erfolgen solle. Dies kann sie noch tun, aber da müssen wir das Budget nicht zurückweisen, sondern konkrete Ideen haben. Deshalb werden wir diesen Rückweisungsantrag einstimmig ablehnen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP:

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 37 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir nun zur Globaldebatte.

Oliver Bachmann: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die konstruktive Arbeit, welche im Rahmen dieses Budgetprozesses geleistet wurde. Es war ein Prozess, der dieses Jahr früher gestartet hat und mit Stabilo 2 deutlich aufwändiger war. Wir sind jetzt am Ende dieses Prozesses und die Resultate liegen in konzentrierter Form vor. Gemeinsam haben wir, dass jede und jeder unzufrieden sein kann, Federn lassen und Kröten schlucken musste. Wir werden das nachher sicher noch einige Male hören. Wenn jetzt Einzelne behaupten, dass mit den Stabilisierungsmassnahmen nichts erreicht worden sei, ist dies schlichtweg falsch. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Ab dem Jahr 2018 wird die Rechnung der Stadt Aarau durch Stabilo 1 und 2 jährlich um 5,5 Millionen Franken verbessert. Das ist jährlich! Dies entspricht ganzen 9 Steuerprozenten. Zwei Detailbemerkungen: 1. Im Budget 2016 werden Sparmassnahmen abgebildet, welchen der Einwohnerrat noch nicht beschliessen konnte, da die Informationen fehlten. Die Zustimmung zu diesen Positionen erfolgt von unserer Seite nur unter dem Vorbehalt, dass wir diesen Massnahmen inhaltlich auch

zustimmen können. 2. Ein weiterer Aspekt ist der Verzicht auf die Fütterung des Leistungslohnsystems. Vor Jahren ist der automatische Stufenanstieg abgeschafft und durch ein Leistungslohnsystem ersetzt worden. Nun wird dieses System zum wiederholten Mal nicht mit den nötigen Mitteln versorgt und ist damit faktisch abgeschafft. Mit dem diesjährigen ganzen Verzicht, das System aufrecht zu erhalten, sind wir an eine Grenze gestossen. Im nächsten Jahr ist die Wiedereinführung des Leistungslohnsystems zwingend. Ich komme nun zum Steuerfuss: Die Notwendigkeit der Anhebung des Steuerfusses ist weitgehend unbestritten. Gründe dafür sind unter anderem zusätzliche Aufgaben, die vom Kanton delegiert werden, sowie die Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur. Auch viele der umliegenden Gemeinden planen deshalb Erhöhungen des Steuerfusses. Das jetzt vorliegende Budget mit einem Steuerfuss von 103% zeigt auf, dass auch eine Anhebung des Steuerfusses um 9% sachlich begründet ist. Deshalb haben wir diesen Steuerfuss in der Stabilo-Sitzung im Juni auch unterstützt. Unser oberstes Ziel ist aber ein konstruktiver Abschluss dieser langdauernden Budgetdebatte 2016. Gerne hätten wir deshalb mit den anderen Fraktionen zusammen heute Abend einen gemeinsamen Kompromiss-Steuerfuss präsentiert. Dies stellte sich aber in der letzten Woche als unmöglich heraus. Jetzt wird es wichtig: Die SP-Fraktion hat sich daher entschieden, einseitig den Kompromissantrag zu stellen und beantragt einen Steuerfuss von 100%. Wir tun dies in der Überzeugung, dass die Aarauerinnen und Aarauer von ihrem Einwohnerrat erwarten, dass wir miteinander und nicht gegeneinander Lösungen suchen. Und wir tun dies mit der Sicherheit, dass die Aarauer Bevölkerung die Erhöhung von 6% nachvollziehen kann und in der Volkabstimmung unterstützen wird. Die beiden Stabilo-Pakete, ich habe es bereits erwähnt, bringen mehr als 5 Millionen Franken an jährlich wiederkehrenden Einsparungen und Mehreinnahmen. Die Einsparungen bedeuten zum Teil schmerzhafte Einschränkungen und sind keine Mogelpackung. Während des Stabilo 2-Prozesses wurden von den bürgerlichen Fraktionen keine konkreten Anträge für grosse Einsparungen eingebracht. Dies zeigt, dass das Sparpotential ohne wesentlichen Leistungsabbau doch nicht so gross ist, wie immer behauptet wird. Auch der Stadtrat mit bürgerlicher Mehrheit erachtet einen Steuerfuss von 100% als notwendig. Mit 100% liegt die Stadt Aarau immer noch klar unter dem aargauischen Mittel von 104% im Jahr 2014 und ist auch in der Region gegenüber anderen Gemeinden gut bedient. Die SP Aarau ist überzeugt, dass die Erhöhung um sechs Steuerprozente einen realistischen Schritt zur nachhaltigen Sicherung der städtischen Finanzen ist. Die Stadt Aarau braucht auch in Zukunft einen ausreichenden Handlungsspielraum für die Bewältigung ihrer Aufgaben. Heute müssen wir 100% geben – 100% für Aarau. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit.

Susanne Heuberger: Die SVP-Fraktion hat im Rahmen des Rückweisungsantrages ganz klar Stellung dazu genommen, was wir vom Budget 2016 halten: nicht genügend. Dieselbe Meinung haben wir immer noch, auch wenn der Rückweisungsantrag erwartungsgemäss versenkt worden ist. Wir sind aber der inneren Überzeugung, und es ist eine Herzensangelegenheit von uns, dass es möglich ist, in Aarau mit einem Steuerertrag, welcher auf 94% beruht, haushalten zu können. Dafür stehen wir seit Jahren ein und machen uns stark. Wir stellen deshalb jetzt den Antrag, das Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 94% zu beschliessen. Wir werden die Verantwortung wahrnehmen und heute die Budgetdebatte mit Anträgen, welche wir einbringen, prägen. Das wird ganz detailliert und klar erfolgen. Wir sind überzeugt, dass der Stimmbürger, welcher am Schluss dieses Budget – und ich darf sagen "Gott sei Dank" – an der Urne noch absegnen muss, realisieren wird, was hier im Rat läuft. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dem Volk transparent aufzeigen zu können, dass Aarau kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat. Mit 94% ist das machbar. Es braucht Verzicht und Redimensionierung. Ich glaube, hier im Saal sitzt eine Generation, welche das bis jetzt nicht gelernt

hat und noch lernen muss. Wir pfaden da gerne und wären für diejenigen, welche uns folgen können, ein gutes Beispiel.

Lukas Häusermann: Vor einem Jahr habe ich hier gesagt, dass wir die Ergebnisse des Stabilo-Prozesses abwarten wollen, bevor wir den finanziellen Ausblick der Stadt beurteilen wollen. Jetzt, nach den enttäuschenden Ergebnissen der Juni-Sitzung, zeigt sich auch in Zahlen, dass die Ziele, welche wir uns gesetzt haben, nicht erreicht wurden. Wenn man es nicht wüsste, könnte man tatsächlich meinen, dass gar keine Reduktion beim Aufwand vorgenommen worden ist. Total ist der Aufwand gegenüber der Rechnung 2014 um fast 5 Mio. Franken gestiegen. Immerhin ist er gegenüber dem diesjährigen Budget nur leicht höher. Der Ertrag ist zwar auch gestiegen, und zwar um 6,5 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2014, doch dies praktisch nur wegen der Steuererhöhung. Trotzdem resultiert beim operativen Ergebnis unter dem Strich ein Minus von 12,6 Mio. Franken. Diesen Fehlbetrag können wir nur durch die Einnahmen aus der Dividende der IBAarau, durch den Ertrag der Liegenschaften und dem Gewinn aus dem Anlagefonds decken. Hätten wir diesen hohen Finanzertrag nicht, was ganz und gar nicht selbstverständlich ist, würde unser Steuerfuss noch in ganz anderen Regionen liegen, als der Stadtrat uns heute beantragt. Und trotzdem gibt es immer noch Leute, die behaupten, die Stadt Aarau habe ein Problem beim Ertrag und nicht beim Aufwand. Die CVP kann sich bei dieser Ausgangslage beim besten Willen nicht vorstellen, wie man eine Steuerfusserhöhung von 9% beim Volk durchbringen könnte. Wir wollen aber unsere Verantwortung heute Abend wahrnehmen. Sie werden es gelesen haben, dass wir einen Vorschlag unterbreitet haben, welcher auch von unserer Seite her ein Kompromissvorschlag darstellt. Er dürfte auch bei einer Volksabstimmung mehrheitsfähig sein. Eine moderate Steuerfusserhöhung um 4% kann die CVP mittragen, weil der Kanton in den letzten Jahren unbestrittenermassen immer mehr Kosten auf die Gemeinden abgewälzt hat. Das hat sicherlich auch dazu beigetragen, wenn man ehrlich ist, dass die Sparbemühungen teilweise wieder aufgefressen worden sind. Auf der anderen Seite ist es aber auch ein ganz klares Signal an die Stadt, dass sie weiter an ihren Ausgaben arbeiten muss. Da wir eben erst in der Stabilo-Debatte unzählige Anträge behandelt und darüber abgestimmt haben, verzichten wir heute bewusst auf konkrete Sparanträge. Es ist allerdings auch aus unserer Sicht offensichtlich, dass der Fokus auf den grossen Posten wie Personal- und Sachaufwand und, soweit beeinflussbar, auch auf dem Transferaufwand liegen muss. Deshalb unterstützen wir den Antrag der FDP auf Senkung der Personalkosten um 5% nicht. Wir sind nicht der Meinung, dass global über alles die Personalkosten gesenkt werden müssen, wenn man "global" sagt. Es geht darum, genau zu sondieren, wo Personalkosten gesenkt werden können und wo nicht. Ich denke auch, und da sind wir derselben Meinung wie die FDP und die SVP, dass das primär ein Auftrag der Exekutive ist, den sie umsetzen muss. Es ist kein Auftrag der Legislative. Sie hat die Unterlagen effektiv nicht. Man hat das schon in unseren Unterlagen gesehen, dort ist nur ein Posten Personalaufwand enthalten und das ist alles. Ich finde, das ist auch in Ordnung so, da es eben durchaus eine Aufgabe der Exekutive ist. Wir bitten Sie also, unseren Antrag auf einen Steuerfuss von 98% zu unterstützen. Ein Budget mit einem Steuerfuss von 103% werden wir ablehnen. Beim Antrag der SP-Fraktion für einen Steuerfuss von 100% sind wir ev. nicht alle in unserer Fraktion derselben Meinung, weil der Antrag so kurzfristig eingetroffen ist. Falls es zu einer Volksabstimmung mit 100% kommen sollte, werden wir es dann sicher der Ortspartei überlassen, zu entscheiden, ob wir das mittragen können oder nicht. Noch kurz zu den weiteren Anträgen, welche im Raum stehen: Den Antrag auf Streichung der zwei zusätzlichen Ferientage werden wir ebenfalls unterstützen. Wir sehen nicht, dass es in der heutigen Zeit angebracht ist. Man kann geteilter Meinung sein, ob das gegenüber dem Personal wertschätzend sei oder nicht, wenn man sagt, das Personal könnte eigentlich auch zwei Tage mehr frei ma-

chen und das gäbe keine Auswirkungen auf die Leistungen der Stadt. Das hat halt immer zwei Seiten. Bitte unterstützen Sie einen Steuerfuss von 98%. Wir sind sicher, dass wir dies vor dem Volk durchbringen.

Matthias Keller: Ich möchte gerne im Namen der EVP zum Budget 2016 der Stadt Aarau Stellung nehmen. Zuerst einmal möchte ich Danke sagen für den grossen Aufwand der Verwaltung und auch des Stadtrates, für das Hineindenken, Vorbereiten und gute Aufbereiten, sodass wir eine Grundlage zum Diskutieren und Entscheiden haben. Eigentlich haben wir alle dasselbe Ziel, wenn wir hier sitzen, nämlich eine lebendige, attraktive und gesunde Stadt Aarau. Dafür wollen wir uns einsetzen und alles geben. Dafür möchte auch ich alles geben. Das heisst für mich, dass ich die Steuern manchmal etwas anders anschauen möchte: Es ist mein Beitrag an die Stadt, damit sie lebendig ist. Es ist mein Beitrag, dass es gut funktioniert und mein Beitrag für die Attraktivität dieser Stadt. Ich habe mir vorgenommen, die Steuern als positiven Beitrag anzuschauen und nicht als Zwang, sie bezahlen zu müssen. So sieht das schon ganz anders aus. Ich möchte nämlich, dass meine Stadt lebendig ist. Jetzt auf dem tiefen Steuerfuss zu beharren, kann wohl nicht das Ziel sein, wenn man sieht, wie es mit dem Finanzertrag weitergeht und man sieht, dass wir mehr bezahlen müssen, wenn die Schulden steigen. Die Investitionen sind ganz klar zwischen 1996 – 2006 durchschnittlich tief gewesen. Das ist nun einfach die Retourkutsche und die Investitionen sind jetzt überdurchschnittlich hoch. Wir kommen aber nicht darum herum: Wenn wir eine attraktive Stadt sein wollen, dann müssen wir jetzt handeln und schauen, dass unsere Infrastruktur gut bleibt. Wir dürfen nicht einfach Sachen streichen. Das heisst aber auch, dass wir jetzt die Rechnung bezahlen müssen, welche wir damals nicht bezahlt haben. Ich finde es stark von der Stadt, dass man dem Personal zwei Feiertage mehr geben will. Ich finde das eine gute Lösung, und zwar als Zwischenlösung, aber nicht als generelle Lösung. Wenn man es auf die gesamte Arbeitszeit ausrechnet, würde das 0,5% ausmachen. 5% heisst 20 Tage frei. Das liegt nicht drin. Soviel kann nicht jeder Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin sparen und trotzdem dieselbe Leistung bringen. Ich möchte heute aufgrund von Fakten entscheiden. Für uns ist ein Steuerfuss von 100% richtig, denn 100% entspricht dem Wert, damit wir eigentlich ein Nullbudget machen könnten. Ich möchte die SVP bitten, ihre Anträge zu den einzelnen Produktegruppen doch in WOSA-Motionen einzubringen, damit darüber entschieden werden kann, wenn es nicht schon um ein fertiges Budget geht. Es soll dann darüber entschieden und z.B. gesagt werden können, dass man das KUK verkaufen wolle. So kann das separat angeschaut werden. Dann kommen wir viel mehr ins Gespräch miteinander und haben Zeit, das zu diskutieren. Ich finde es einen tollen Vorschlag, aber wir brauchen Zeit, um ihn miteinander diskutieren zu können. Sonst gibt es Schnellschüsse, welche uns nicht weiterbringen. Kommen Sie damit doch in der nächsten Sitzung noch einmal und dann haben wir Zeit, das zu tun.

Martina Suter: Erlauben Sie mir vorweg einen kurzen Kommentar: Auch ältere Ratsgenossen können sich nicht erinnern, dass der Stadtrat je eine Medienmitteilung einer Partei zuhanden des Rates schriftlich kommentiert hätte. Entsprechend gross ist die Irritation, die sie ausgelöst hat. Es ist doch äusserst speziell, dass Fakten als nicht korrekt dargelegt werden, indem nachher bspw. externe Kosten, geschweige denn interne Kosten bei einer solchen Betrachtungsweise eines Projektes ganz ausgeklammert werden. Der Steuerzahler zahlt sie nämlich auch. Es scheint also, dass in der obersten Spitze der Verwaltung vor dieser Budgetdebatte grosse Nervosität geherrscht hat. Anders ist für uns dieses Verhalten nicht nachvollziehbar. Nun zum Budget: Es liegt ein dickes, mit vielen Zahlen und Fakten gefülltes Buch vor uns. Dies ist nur möglich, wenn viele Mitarbeitende in der Verwaltung dazu beitragen. Wir danken allen Involvierten ganz herzlich für das grosse Engagement. Unsere Unzufriedenheit über die

Zahlen muss ich jetzt nicht noch einmal erwähnen. Aber wohl noch einmal erwähnen muss ich, dass sich unsere Partei in der Stabilo-Debatte und jetzt auch in der Budgetdebatte wirklich bemüht und den Aufwand nicht scheut, Anträge und Vorschläge einzubringen, damit der Finanzhaushalt ins Lot gebracht werden könnte. Wir haben wirklich etwas Mühe, wenn andere Parteien kommen und sagen, sie wollen nur den Steuerfuss erhöhen. Ich bitte wirklich all diese Parteien, sich auch einmal hinzusetzen, sich Gedanken zu machen und den Aufwand nicht zu scheuen, um konkrete Vorschläge zu unterbreiten. So ist für uns nach wie vor unverständlich, dass der Personalaufwand unbeachtet blieb. Jede Firma, die den Gürtel enger schnallen muss, analysiert als erstes die Abläufe und Aufgaben und optimiert genau in diesem Bereich. Ich kenne keine Unternehmung, die sparen muss und nicht im Personalbereich reduziert. Die öffentliche Hand sei keine Firma, höre ich immer wieder. Dennoch kann es nicht sein, dass der Personalaufwand als so grosser Posten auf der Aufwandsseite ausgeklammert wird. Entsprechend unbefriedigend es, dass sich der Stadtrat zur noch offenen Stabilo-Massnahme "Verwaltungsreform" seit der Stabilo-Debatte nicht mehr verlauten liess. Für uns ist das ein solch brisantes Thema, dass wir finden, es gehöre zuoberst auf die Agenda. Heute Abend geht es aber vorwiegend um eine Steuerfussdebatte. Sollte unser Antrag zur globalen Reduktion des Personalaufwandes um 5% eine Mehrheit finden, stehen wir zu unserem Versprechen der Opfersymmetrie und unterstützen den CVP-Antrag mit 98%. Sollte im Rat nach wie vor kein Wille zur Reduktion des Personalaufwandes auszumachen sein, so gibt es aus unserer Sicht auch keinen Grund für eine Steuerfusserhöhung zum aktuellen Zeitpunkt. Zuerst sollen die Hausaufgaben gemacht werden. Vorgeschlagen wird eine 9%ige Erhöhung auf 103%. Gerade letzte Woche fand der Workshop der Parteipräsidenten zum Zukunftsraum Aarau statt, an welchem auch über mögliche Fusionen mit Partnergemeinden diskutiert wurde. Aarau ist in dieser Diskussion nur eine attraktive Braut, wenn der Steuerfuss attraktiv ist. Einige umliegende Gemeinden erhöhen ja auch, argumentieren verschiedene Befürworter. Wenn z.B. Buchs und Suhr fürs nächste Jahr eine Steuerfusserhöhung in Aussicht stellen – Buchs von 97% auf 102% und Suhr von 105% sogar auf 113% – so kann das sicher nicht 1:1 mit Aarau verglichen werden. Aarau hat mit rund 3'800 Franken heute schon eine fast 50%ig höhere Steuerkraft pro Einwohner und zudem ein grosses Vermögen auf der hohen Kante, welches diese Gemeinden sicher nicht haben. Aarau kann bei den Nachbargemeinden nur ein interessanter, allfälliger Fusionspartner sein, wenn die Stadt einen tiefen Steuerfuss hat, über einen ausgeglichenen Finanzhaushalt verfügt und die Entwicklung, mit einer Schuldenbremse, steuern kann. Wir vermissen, dass aus dem Rathaus in der Finanzhaushaltsdiskussion denn auch keine kreativeren Ideen ausser der massiven Steuerfusserhöhung kommen. Und so haben wir uns bemüht. Ein Beispiel betrifft die Vorgaben zu intensiveren Anstrengungen in der Wirtschaftsförderung, um zusätzliches Steuersubstrat zu generieren. Wir sind enttäuscht über die zu wenig ehrgeizigen Zielen in der PG 01, Politische Führung. Vielleicht hängt das damit zusammen, dass Aarau eine Wirtschaftsfachstelle hat und keine Wirtschafts- oder Standortförderung wie andere Städte. Allenfalls würde ja bereits eine Umbenennung etwas Schub geben, damit wertschöpfungsintensive Neuansiedlungen und Startups aktiver gefördert und unterstützt werden könnten. Via WOSA-Motion werden wir einen Vorschlag einreichen, um die Wirkungs- und Leistungsziele anpassen zu lassen. So wie wir gehört haben, ist das jetzt hier mit einem Antrag bez. Budget nicht möglich. Entsprechend ziehen wir den Antrag zur Produktegruppe 1 zurück. Ein weiteres Ideenbeispiel ist die Anpassung der Dividendenpolitik bez. IBAarau. Wir haben vorhin gehört, dass Gespräche stattfinden. Das begrüssen wir sehr. Aarau ist zu 95% Eigentümerin der IBAarau, einer Unternehmung, die bald nicht mehr weiss, in welche Projekte sie das jährlich anwachsende Vermögen noch investieren soll und einige davon sogar bar bezahlt, weil die Geldschatulle derart voll ist. Unabhängige Aktiengesellschaften würden in dieser Situation eine Rückzahlung von Aktienkapital vornehmen. So ha-

ben das z.B. ABB und die Swiss Re gemacht. Ende 2014 betrug das Eigenkapital der IBAarau über 330 Mio. Franken. Salopp gesagt sind also rund 314 Mio. Franken im Eigentum der Stadt Aarau. In verschiedenen Tätigkeitsfeldern der IBAarau sind die Preise noch für viele Jahre reguliert und daher auch die Einkünfte absehbar. Somit ist kein Grund ersichtlich, warum die Dividende in den nächsten paar Jahren nicht massiv angehoben werden könnte. Für Aarau wäre dieser Zustupf essentiell, da er genau diese Zeit überbrücken könnte, in welcher wir so hohe Investitionen haben. Die Selbstfinanzierung könnte in den investitionsintensiven, nächsten Jahre massiv verbessert und der Finanzhaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden, ohne dass Leistungen abgebaut werden müssten. Eine Idee, die aus unserer Sicht umgehend verfolgt werden muss. Gespräche haben ja, wie gehört, stattgefunden, aber ich denke, es pressiert vielleicht etwas, damit man über eine Erhöhung ev. bereits an einer nächsten GV abstimmen könnte. Ich komme noch zum Antrag der SVP bez. der beiden Freitage: Für uns ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb die gewährt werden sollten. Deshalb unterstützen wir den Antrag der SVP einstimmig. Zum Antrag der SP bez. einem Steuerfuss von 100%: Wir waren davon etwas überrascht, nachdem sie bis jetzt immer 103% unterstützt haben. Wie zu hören war, ist ihr einziges Argument, dass allenfalls der Stimmbürger die 103% nicht goutieren würde. Ich wäre noch gespannt gewesen, was sie vorgeschlagen hätten, wie die 3% dann allenfalls anderweitig finanzierbar gewesen wären. Es müssten dann 1,8 Mio. Franken eingespart werden, und das entspräche dann ja eigentlich genau unserem Antrag. Die FDP ist überzeugt, mit ihren Vorschlägen einmal mehr einen konstruktiven Beitrag zur Sanierung des Aarauer Finanzhaushaltes zu leisten.

Markus Hutmacher: Nachdem in den letzten Jahren das Budget immer wieder als Überganglösung verstanden wurde, bildet das Budget 2016 nun also erstmals die beiden Stabilo-Pakete ab. Für uns entspricht das vorliegende Ergebnis unseren Erwartungen. Es gibt uns klare Vorgaben, wie der schon länger angestrebte, ausgeglichene Haushalt erreicht werden kann. Die beiden Stabilo-Pakete haben Wirkung gezeigt und beim Aufwand konnten im Budget 2016 Einsparungen von 4,1 Mio. Franken realisiert werden. Leider werden diese Sparanstrengungen aber gerade wieder durch die zusätzlich notwendigen 1,4 Mio. Franken für den kantonalen Finanzausgleich geschmälert. Es ist leider eine Realität, dass die Stadt mit 51 Mio. Franken Transferaufwand an Bund, Kanton und Gemeindeverbände nur über 58% des ganzen Aufwandes selber bestimmen kann. In den letzten fünf Jahren 2011 - 2016 sind diese gesetzlichen Beiträge alleine um 5,5 Mio. Franken angestiegen – das wären also diese 9 Steuerprozente – und entsprechend kommen einem die städtischen Sparbemühungen wie eine Sisyphusaufgabe vor. Wenn wir uns an den Stabilo-Prozessen beteiligt haben, geschah dies immer unter der Prämisse, dass der städtische Haushalt wieder auf solide Beine gestellt wird. Entsprechend haben wir auch Sparanstrengungen mitgetragen. Wir haben aber auch immer klar festgehalten, dass Einsparungen sachlich begründet sein müssen und nur im kleineren Ausmass linear "rasenmähermässig" erfolgen können. Es war aber für uns immer klar, dass am Schluss des ganzen Prozesses der Haushalt nachhaltig saniert sein muss, auch wenn dies Steuererhöhungen bedeuten würde. Das vorliegende Budget zeigt jetzt klar, dass eine Steuererhöhung unumgänglich ist. Wer heute noch meint, eine Sanierung ohne Erhöhung des Steuerfusses sei möglich, verkennt die Realität. Es ist aber auch ein Fakt, dass Steuererhöhungen der Bevölkerung schwer zu vermitteln sind und diese gut begründet werden müssen. Die fachliche Begründung ist für uns nach der Stabilo 2 Diskussion im Juni im Einwohnerrat und mit dem vorliegenden Budget gegeben und kann der Bevölkerung auch vermittelt werden. Es geht jetzt somit vor allem darum, wie hoch der sachlich richtige Steuerfuss sein soll. Für uns ist klar, dass mit dem neuen Steuerfuss der Haushalt nachhaltig saniert werden muss. Wir halten ein Vorgehen, bei welchem wir in zwei oder drei Jahren schon wieder über eine weitere Steu-

erfusserhöhung diskutieren müssen, nicht als zielführend. Vor dem Hintergrund haben wir auch Mühe, die Haltung der beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP zu verstehen. Dieser Sparprozess und die Debatte dazu dauern jetzt schon über mehrere Jahre an. Die Diskussionen in den Begleitgremien, Kommissionen und im Einwohnerrat wurden hart, aber meistens fair und lösungsorientiert geführt. Die Vorgaben aus dem Stabilo 2 wurden weitgehend erhalten, auch wenn alle an der Debatte beteiligten Parteien ihre Abänderungsanträge einbrachten. Ich erwähne hier zum Beispiel den Antrag der FDP für die Beibehaltung der Blockzeiten für die Fünftklässler oder der Antrag auf die Streichung der Sparvorschläge bei der Musikschule durch die CVP. Stabilo ist ein Prozess und es ist klar, dass noch nicht alle Massnahmen umgesetzt und im Budget abgebildet sind. So wurde der grosse Brocken der Verwaltungsreform noch nicht resultatbildend angepackt, aber ich denke dass der Stadtrat mit der Verwaltung diesen sicher auch noch zu unserer Zufriedenheit abbilden wird. Wie schon gesagt soll bei Stabilo 2 gemäss unserem Verständnis intelligent und auf Grund von sauber erarbeiteten Fakten gespart werden. Die Kürzungsanträge der FDP für eine lineare Reduktion der Personalkosten möchten diesen Schritt undifferenziert vorwegnehmen und entsprechen somit nicht der Idee von Stabilo 2. Wir werden diesen Antrag ablehnen. Ich glaube, Lukas Häusermann hat gesagt, man erwarte, dass die Exekutive ihre Führungsaufgabe übernehme. Ich möchte einfach festhalten, dass diese drei Fraktionen, welche sehr stark gegen eine Steuerfusserhöhung kämpfen, im Stadtrat eine Mehrheit besitzen. Geben Sie doch Ihren Stadträten Vorgaben, wie sie das umsetzen sollten. Sie wären doch am Drücker. Ich finde es schon etwas komisch, dass Sie immer die Exekutive angreifen, dabei doch aber selber die Exekutive instruieren und ihr Vorgaben machen könnten. Rein sachlich betrachtet liegt der Stadtrat für uns mit seinem Antrag auf einen Steuerfuss von 103% richtig. Dieser Steuertrag ermöglicht es, den Haushalt längerfristig zu stabilisieren und hilft mit, die immer noch sehr hohen Investitionen zu finanzieren. Gerade wegen diesem hohen Investitionsbedarf stehen für uns auch die bürgerlichen Parteien beim Steuerfuss ganz klar in der Pflicht. Gerade auch Sie haben sich im letzten Jahr immer wieder gegen Kürzungen in diesem Bereich gewehrt, ich erinnere da als Beispiel an den Sporthallenneubau. Wir werden somit dem Steuerfuss von 103% zustimmen. Sollte sich aber der Rat, so wie vom Stadtrat gewünscht, zusammenraufen und es würde sich eine klare Mehrheit zum ursprünglichen Antrag des Stadtrates mit einem Steuerfuss von 100% bekennen, könnten wir uns vorstellen, diesen im Sinne eines pragmatischen Kompromisses für die Stadt Aarau auch mitzutragen.

Christoph Waldmeier: Ich würde mich gerne noch zum Personalabbauvorschlag der FDP äussern: Wir alle wissen, dass sich im Moment leider sehr viel um Geld in Aarau dreht. Nur ist dummerweise bei diesem gut gemeinten Antrag der FDP wahrscheinlich das Geld etwas zu stark in den Vordergrund geraten. Der Antrag erscheint sehr kurzfristig, wenn er schon in der nächsten Budgetperiode umgesetzt werden muss. Gemäss meinen bescheidenen juristischen Kenntnissen braucht es etwas Zeit, bis der Entscheid überhaupt rechtskräftig ist, und dann wäre doch in der Regel noch eine dreimonatige Kündigungsfrist normalerweise einzuhalten. Deshalb weiss ich gar nicht, ob das so überhaupt realisierbar wäre. Dann muss man sich auch einmal vorstellen, wie sich ein solcher Auftrag auf die Motivation der Mitarbeitenden auswirken würde. Ob die dann noch genau gleich produktiv wären, kann ich auch nicht sagen. Zudem sind ja im Moment gewisse Stellen in einer Überprüfungsphase, und dann soll dieser Prozess doch zuerst abgeschlossen werden. Es gäbe sicher auch andere Varianten, welche sonst einmal gemacht werden könnten und zum Ziel führen würden. Im Sinne der Mitarbeitenden hoffe ich, dass dieser Antrag nicht unterstützt wird.

Lelia Hunziker: Es ist immer ein bisschen ein Zugzwang, wenn dann Einzelne bereits zu den Produktegruppen sprechen. So tue ich das jetzt auch. Die SP-Fraktion wird den Antrag der FDP bez. der 5%igen Kürzung auch nicht mittragen. Wir werden auch nicht 4%, 3%, 2% oder 1% mittragen, und zwar aus Prinzip. Eine solche Rasenmäherpolitik, bei welcher man einfach über alles hinweggeht, finden wir nicht gut. Es ist unsinnig. Es suggeriert ein Misstrauen gegenüber den Angestellten der Verwaltung, also im weitesten Sinne eigentlich unseren Angestellten. Es suggeriert, dass da scheinbar viel Luft vorhanden wäre, dass nicht effizient gearbeitet würde und optimiert werden könnte. Genau das finden wir falsch. Wir schätzen die Arbeit der Verwaltung sehr und haben Vertrauen. Wenn man kürzen möchte, dann soll man sagen, auf welche Leistungen man verzichten möchte. Wollen wir nicht mehr, dass unser Altpapier abgeholt wird und bringen es selber in den Werkhof? Dort kann gekürzt werden und dann kann man hintendran auch Personal kürzen, wenn das so sein soll. Man kann die Schulsozialarbeit kürzen, man kann die Badi schliessen, usw. Man kann effektiv Leistungen kürzen. Das wäre transparent, und dann kann man dort wirklich auch das Personal kürzen. Aber eine generelle Leistungs- oder Personalkürzung macht für uns keinen Sinn und wir werden sie so auch nicht mittragen. Wenn kürzen, dann bitte transparent kürzen mit Beispielen, damit wir wissen, welche Leistungen wir nachher nicht mehr haben.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Sie haben sehr viele Ausführungen gemacht. Ich werde mir erlauben, zuerst ein paar grundsätzliche Sachen zu sagen. Auf die verschiedenen Anträge, welche jetzt hier doch schon genannt wurden, werde ich eingehen, wie auch auf diejenigen Sachen, welche Sie in der Grundsatzdebatte schon gebracht haben. Wenn man diesen Voten zuhört, so merkt man, dass schlussendlich eigentlich alle dasselbe Ziel haben: Wir möchten einerseits einen ausgeglichenen Finanzhaushalt und andererseits eine lebenswerte Stadt haben. Da besteht Konsens. Die Stichworte dazu sind jetzt natürlich, wie sich ein solch stabilisierter, ausgeglichener Finanzhaushalt zeigt und ob das, was man bis jetzt erreicht hat, als Etappenziel akzeptierbar ist. Kann man damit zufrieden sein? Braucht es eine Steuerfusserhöhung oder nicht? Ausser der SVP haben eigentlich alle Parteien ein Bekenntnis dazu gemacht, dass es jetzt wohl richtig ist, dass der Steuerfuss erhöht wird. Zum Steuerfuss hätte ich gerne einige Worte gesagt: Sie haben ein Budget mit einem Steuerfuss von 103% erhalten. Das ist der Antrag, welchen uns der Einwohnerrat in der Debatte vom Juni 2015 sozusagen auferlegt hat. Der Stadtrat hat in jener Debatte von 100% gesprochen und das sagen wir auch einleitend zu diesem Budget, weil es ja kein Geheimnis ist. Der Stadtrat würde nach wie vor 100% bevorzugen. Der Stadtrat hat schon dargestellt, dass er 100% als verantwortbar, angemessen und auch begründet ansieht. Er hat ausgeführt, dass die 5,5 Mio. Franken an Einsparungen ca. 9 Steuerprozenten entsprechen. Das wäre in etwa die Balance, von welcher der Stadtrat immer gesprochen hat. Ein Steuerfuss, egal in welcher Höhe, liegt so oder so unter dem Kantonsmittel, aber auch unter dem Mittel des Bezirks. Wenn man von einem attraktiven Steuerfuss sprechen will, so ist sicher ein Kriterium zur Attraktivität, dass es nämlich nicht ein Steuerfuss ist, welcher oben hinaus schiesst, sondern in diesem Mittel liegt oder in unserem Fall sogar darunter. Sie konnten in den letzten Tagen und Wochen die Entwicklung in den umliegenden Gemeinden mitverfolgen. Man sieht, dass alle Gemeinden mit denselben Sorgen erfüllt sind und aus diesen Gründen zum Teil Steuerfusserhöhungen von bis zu 9% beantragen müssen. Eine Steuerfusserhöhung ist immer ein etwas abstraktes Gebilde und es stellt sich die Frage, was das schlussendlich eigentlich ganz konkret und monetär heisst. Als Beispiel kann Folgendes angeführt werden: Wenn jemand ein steuerbares Einkommen von 80'000 Franken im Tarif B hat, also Verheiratete oder Unterstützungspflichtige, bedeutet das 35 Franken pro Steuerprozent und Jahr. Bei einem Steuerfuss von 103% würde das eine Differenz von 9 Punkten geben. 9 mal 35 Franken ergäben 315 Franken im Jahr. Bei einem Steuerfuss von

100% wären das 6 mal diese 35 Franken, total also 210 Franken pro Jahr. Eine Steuerfusserhöhung soll natürlich keinen Selbstzweck erfüllen, das ist klar. Es soll etwas hinterlegt sein. Es kann hier ganz klar gesagt werden, und es wurde von Ihnen auch schon erwähnt, dass all diese Bemühungen, welche der Stadtrat macht und welche sich im Budget niederschlagen, zum Teil wieder kompensiert und relativiert werden, weil der Kanton Aufgaben von sich auf die Stadt transferiert. Das sind verschiedene Aufgaben und sie machen uns die Bemühungen, welche wir anstrengen, sehr schwierig. Es stimmt, man kann die Stadt Aarau nicht ganz mit den umliegenden Gemeinden vergleichen, und zwar auch aus diesem Grunde, weil die Stadt Aarau halt effektiv verschiedenste Zentrumsleistungen zu erfüllen hat, welche andere Gemeinden nicht haben. Zentrumsleistungen heissen aber nichts anderes, als dass die umliegenden Gemeinden in der Region davon profitieren können. Zum einen ist das auch richtig so, denn wir haben Freude daran, wenn die Leute in die Stadt kommen. Zum anderen sind es eben Leistungen, welche effektiv von den Städten selber getragen werden. Auch hier sind wir in einem Austausch mit den anderen Aargauer Städten. Bei allen von ihnen sind im Moment die Zentrumsleistungen effektiv ein Thema. Soviel zum Steuerfuss. Dann hätte ich gerne etwas zu den Anträgen gesagt. Beim Antrag bez. Personalaufwand geht es darum, dass dieser global um 5% gekürzt werden soll. Da könnte tatsächlich gesagt werden, man mache eine solch prozentuale Kürzung. Der Stadtrat hätte das auch so veranlassen können. Er hat aber, wie Sie ja alle wissen, einen anderen Weg gewählt. Der Stadtrat hat den Weg gewählt, Überprüfungen mithilfe des Berichtes zu veranlassen. Diese Überprüfungen sollen dazu führen, dass Abläufe optimiert werden können und aus optimierten Abläufen schlussendlich Einsparungen resultieren. Ich mache da ein Beispiel des Steueramtes: Dort hat man gesehen, dass es durch die Optimierungen der Abläufe insofern eine Einsparung gibt, und das sagt auch der Bericht, weil zukünftig bei steigendem Arbeitsvolumen eine Stellenerhöhung nicht notwendig sein muss. Durch die Effizienzsteigerung kann das ausgeglichen werden. Oder man konnte im Rahmen der Reorganisation der Hauswartung, was im Zusammenhang mit Stabilo 1 stand, grosse Einsparungen bewirken. Dann haben wir anhand der Berichte, welche wir in Auftrag gegeben haben, feststellen können, dass zum Teil die Überprüfungen ganz andere Sachen ergeben haben, als wir zuerst gedacht hatten. Das war z.B. bei der Informatik so. Der Bericht hat bestätigt, dass der Stellenetat, welchen man dort ausweist, den Aufgaben entsprechend ist. Im Bericht wird sogar der Hinweis gemacht, dass es teilweise zu knapp mit den Ressourcen werden könnte. Manchmal ergibt eine Überprüfung auch ein solches Resultat. Trotzdem ist es richtig, dass man überprüft. Der Stadtrat ist jetzt auch im Rahmen der Verwaltungsreorganisation daran, Abläufe zu optimieren. Das hat Martina Suter angesprochen. Es ist so, dass wir da mittendrin stecken. Es steht auf der Agenda. Aber der Stadtrat hat gesagt, sobald etwas Einwohnerratswirksames herausgekommen sei, werde er zum Einwohnerrat kommen und Anträge stellen. Soweit ist es aber einfach noch nicht, und deshalb ist der Stadtrat auch noch nicht beim Einwohnerrat vorbeikommen. Optimierte Abläufe können schlussendlich auch zu Einsparungen führen. Der Stadtrat hat zudem gesagt, dass er die freiwilligen Stellen überprüfen möchte. Da sind die Aufträge erteilt und im Laufe des nächsten Frühlings wird dazu Bericht und Antrag an den Einwohnerrat erfolgen. Nun möchte ich noch zwei Ergänzungen anfügen: Zuerst geht es um den Personalaufwand. Wenn man ihn genauer anschaut, kann über die letzten fünf Jahre festgestellt werden, dass sich dieser gar nicht so wahnsinnig verändert hat. Wenn man den Bereich der Altersheime anschaut, welcher ein sehr volatiler Bereich ist, da er je nach Situation personalmässig sehr anpassungsfähig sein muss, dann sieht man, dass der Personalaufwand in der Rechnung 2011 – 2014 immer bei ca. 35 Mio. Franken lag. Im Budget 2016 liegt er bei 36 Mio. Franken. Das ist also ein recht konstanter Personalaufwand. Der Stadtrat ist also der Meinung, dass er den eingeschlagenen Weg weitergehen und über Optimierungen Verbesserungsmöglichkeiten schaffen möchte. Der Abänderungsantrag, bei

welchem es schlussendlich um rund 20 Stellen gehen könnte, wäre ein sehr gravierender Einschnitt. Da müsste gesagt werden, dass gewisse Leistungen nicht mehr angeboten werden können und die Mitarbeitenden müssten dann sehr wahrscheinlich entlassen oder die natürlichen Abgänge etwas forciert werden. Der Stadtrat glaubt, dass das Ganze für die Vertrauensbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sie in ihre Arbeitgeberin haben sollten, nicht sehr förderlich ist. Es dient auch nicht unbedingt dem Image der Stadt Aarau. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass sein jetzt gewähltes Vorgehen das richtige sei. Wenn eine Stelle neu ausgeschrieben wird, muss sie beim Stadtrat jedes Mal beantragt werden. Es muss erklärt und begründet werden, weshalb es sie wieder braucht und was passieren würde, wenn man sie nicht mehr besetzt. Das ist ein sehr gutes Regulativ, welches wir hier geschaffen haben und seit einigen Jahren so handhaben. Es muss auch noch gesagt werden, dass all die Stellen, welche Sie hier im Stellenplan sehen, dem Einwohnerrat immer wieder beantragt werden. Der Einwohnerrat hat erst kürzlich zwei Beladerstellen beim Werkhof zugestimmt, und zwar sehr wahrscheinlich, weil ihn die ganze Argumentation überzeugt hat und man aufzeigen konnte, weshalb es diese Stellen braucht. Wenn man diese Einstellung hat, könnte man die beiden Beladerstellen eigentlich auch gleich wieder kürzen oder abschaffen. Zusammenfassend sieht der Stadtrat ein anderes Vorgehen in dieser Frage. Er möchte deshalb dem Einwohnerrat beliebt machen, diesen Antrag nicht zu überweisen und dem Stadtrat die Möglichkeit zu geben, auf seinem Weg zusammen mit dem Personal weiterzugehen. Der zweite Antrag betrifft den Verzicht auf das Ausrichten dieser zwei Freitage. Der Stadtrat musste im Juni, als er die Lohnerhöhungen budgetiert hat, wie er das jedes Jahr macht, feststellen, dass die in Betracht zu ziehenden Faktoren, welche eine Lohnerhöhung legitimieren könnten, keine Lohnerhöhung rechtfertigen. Auch andere Arbeitgeber wie der Kanton oder die Städte geben keine oder nur eine kleine Lohnerhöhung. Wir haben dann wirklich auch die Haltung entwickelt, dieses Jahr keine Lohnerhöhung zu entrichten. Im letzten Jahr hat das etwas zu einem Debakel geführt. Bei den 0,25% vom letzten Jahr haben die Leute gesagt, dass man besser nichts gemacht hätte, als nur 0,25%. Da bekomme man ja irgendwie 40 Rappen mehr oder so. Also lieber zwischendurch keine Lohnerhöhung und dafür dann wieder einmal eine Lohnerhöhung, welche sich effektiv bemerkbar macht. In diesem Falle fand der Stadtrat, dass dennoch eine Wertschätzung für das Personal möglich sein sollte. Diese Wertschätzung sollte auch deshalb möglich sein, weil mit dem Stabilo-Prozess unglaublich viel Arbeit nebst dem Tagesgeschäft entstanden ist. Man hat von den Leuten relativ viel erwartet und wie immer natürlich auch in hoher Qualität und Geschwindigkeit. Der Stadtrat ist der Meinung, er wolle, da dieser Prozess jetzt ja auch noch weitergeht und wieder mit dem Personal zusammen durchgeführt werden soll, effektiv eine Geste zeigen. Eine solche Geste sind jetzt genau diese beiden Freitage, welche der Stadtrat ermöglichen möchte. Es sind also nicht Ferien-, sondern Freitage. Jede Person soll im Umfang ihres Pensums und Lohns davon profitieren können. Im Voraus hatten wir etwas ein Geplänkel, weil gesagt wurde, es könne dazu ein Antrag im Einwohnerrat gestellt werden. Wenn man das Personalreglement anschaut, dann sagt dieses, dass der Stadtrat über Urlaube entscheidet. Der Stadtrat hat diesen Paragraphen beigezogen und daraus abgeleitet, dass die Zuständigkeit eigentlich bei ihm liegt. Wenn jetzt hier dennoch darüber abgestimmt werden soll, dann mache ich gerne noch ein paar Bemerkungen dazu: Die zusätzlichen Freitage sind keine verkappte Lohnerhöhung, denn sie werden einmalig für das Jahr 2016 gewährt. Da die Feiertage im Jahre 2016 so liegen, dass nur acht bezahlte Feiertage auf einen Werktag fallen, sind diese beiden zusätzlichen Freitage in den meisten Produktegruppen auch kostenneutral. Es sind keine Kosten budgetiert, da der Stadtrat davon ausgeht, dass das mit wenigen Ausnahmen kostenneutral umgesetzt werden kann. Eine Lohnerhöhung würde jährlich wiederkehrende Kosten generieren und das ist hier nicht der Fall. Es ist auch nicht so, dass die städtischen Angestellten heute schon von sehr grosszügigen Ferienregelun-

gen profitieren. Im Alter zwischen 20 und 46 Jahren haben wir 22 Ferientage in unserem Personalreglement. Die meisten Arbeitgeber kennen aber in dieser Altersphase 5 Wochen Ferien. Es stimmt auch nicht, dass die Stadt Aarau ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezahlte Urlaube gewährt, welche in vielen Ereignissen über den gesetzlichen Anspruch hinausgehen. Die bezahlten Urlaube entsprechen dem gesetzlichen Minimum, mit Ausnahme bei der Heirat, da gewährt die Stadt Aarau drei Tage gegenüber dem gesetzlichen Minimum von 2 Tagen und bei der Geburt eines Kindes, da beträgt der Vaterschaftsurlaub 10 Tage. Dies ist grosszügig. Das hat aber auch der Einwohnerrat einmal so gutgeheissen und festgeschrieben. Er zieht da eigentlich gleich mit wie die Städte Bern und Zürich, welche das auch so haben. Das Personalreglement ist Sache des Einwohnerrates und er hat es so beschlossen. Zusammenfassend ist der Stadtrat der Ansicht, dass es in seiner Kompetenz liegt, diese beiden Freitage aufgrund des Personalreglements vergeben zu können. Wenn der Einwohnerrat oder die Präsidentin des Einwohnerrates finden, es solle trotzdem darüber abgestimmt werden, wären das die Argumente, welche der Stadtrat ins Feld führen möchte, um zu sagen, es solle für dieses Jahr so gemacht werden. Zum Schluss bleiben mir noch ein paar Bemerkungen: Ich hätte gerne noch etwas zu Martina Suter gesagt, welche erwähnt hat, dass sich ihre Fraktion sehr aktiv mit Vorschlägen und Ideen eingebracht hat. Das kann ich bestätigen, die FDP war eine sehr aktive Fraktion und dieser Prozess hat genau davon gelebt. Der Stadtrat hat sich ja auch erhofft, dass möglichst viele Ideen von den Fraktionen kommen, und das hat die FDP-Fraktion getan und wird sie auch weiterhin tun. Ich möchte das in diesem Sinne auch an die anderen Fraktionen weitergeben. Deshalb hat der Stadtrat gesagt, dass der Prozess ja weitergeht und die Fraktionen selbstverständlich vorhandene Ideen einbringen sollen. Beim Thema Schuldenbremse haben wir eigentlich keine Differenz. Sie hätte im Juni über die Bühne gehen können, das ist sie aber nicht. Das Thema Wirtschaftsförderung wird ja einmal kommen und kann dann diskutiert werden. Der Stadtrat hat, und das ist vielleicht noch wichtig zu sagen, bei den Jahreszielen eines dazu genommen, welches etwas in diese Richtung geht. Es lautet wie folgt: "Die Zielbranchen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen sind definiert und die entsprechenden Massnahmen zur Förderung von Ansiedlungen in diesen Branchen eingeleitet." Das zielt in diese Richtung, ist aber noch ausbaubar. Das wird der Stadtrat sicher noch tun. Betr. Dividendenpolitik habe ich gesagt, dass wir im Gespräch sind. Da werden wir wieder darüber berichten, wenn es etwas zu berichten gibt. Alle anderen Punkte, welche Sie genannt haben, sind eigentlich schon in den vorausgehenden Debatten eingehend diskutiert worden. Aus Zeitgründen möchte ich sie nicht noch einmal wiederholen. Soweit meine Ausführungen aus der Optik des Stadtrates.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit sind wir am Ende der Globaldebatte angelangt, welche sich in vielen Bereichen schon als Detaildebatte geäussert hat. In diesem Sinne werden wir sicher nachher bei den einzelnen Anträgen etwas Zeit sparen. Es besteht dann aber die Möglichkeit, noch einmal etwas dazu zu sagen. Vielleicht noch etwas zum Antrag der SVP, was die Ausrichtung dieser beiden zusätzlichen Freitage anbelangt: Wir sind nicht sicher, ob das alle noch gesehen haben. Der Antrag ist zuerst nur intern gewesen, er sei dann aber um 17 Uhr noch verschickt worden. Er betrifft dann die Seite 11. Ich lese ihn noch schnell vor, damit ihn alle gehört haben:

Auf die Ausrichtung von zwei zusätzlichen Ferientagen im Jahr 2016 an alle städtischen Angestellten sei zu verzichten.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Es ist ja noch die Anfrage der SVP-Fraktion bez. Pensionskasse eingegangen. Es wurde gefragt, wie das weitere Vorgehen sei. Der Stadtrat hat die Fra-

gen angeschaut und wir können Ihnen sagen, dass die entsprechende Vorlage an den Einwohnerrat etwas verzögert ist. Es hat verschiedene Abklärungen auch bez. der Motionsfähigkeit, der Ausstände usw. gegeben, wie Sie das schon im Rahmen der Debatte gehört haben, welche wir in diesem Jahr schon einmal geführt haben. Wir sind aber jetzt an der Ausarbeitung einer Vorlage an den Einwohnerrat und werden sie auch noch in diesem Jahr in den Einwohnerrat bringen. Diese Fragen werden wir dort miteinfliessen lassen und im Rahmen der Vorlage bearbeiten und beantworten. Das sage ich einfach als Information an Sie.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zur Detailberatung des Budgets. Ich werde Seite für Seite resp. Produktegruppe für Produktegruppe aufrufen. Bitte melden Sie sich. Wir beginnen mit der Seite 6, Jahresziele. Hier liegen keine Wortmeldungen vor. Zu den Seiten 8 und 9 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Seite 10 liegt ein **Abänderungsantrag der FDP-Fraktion** mit folgendem Wortlaut vor:

Der Stadtrat wird beauftragt, den Personalaufwand global um 5% bzw. um 1,8 Mio. Franken zu kürzen.

Martina Suter: Es gibt gar nicht mehr so viel zu erwähnen, denn vieles ist vorhin bereits dazu gesagt worden. Ich habe gemerkt, dass nicht alle dasselbe darunter verstehen. Es geht in erster Linie auch darum, eine Zielvorgabe für den Optimierungsprozess der Verwaltung vorzugeben. Aus der Praxis weiss man, dass solche Optimierungsprozesse in der Regel ohne Ziele enden, wenn man keine Ziele vorgibt. Deshalb hätten wir gerne ein solches Ziel für den Prozess vorgegeben, welcher ja erfreulicherweise im Stadtrat bereits angelaufen ist. Wir haben auch gehört, dass man solches Potential für Optimierungen bereits ausfindig gemacht hat. Diese Optimierungen werden sich ja auch in Zahlen niederschlagen. Insofern ist es jetzt gar nicht so äusserst ungewöhnlich, wenn man so etwas vorgibt. Es ist ja in diesem Falle Potential vorhanden. Es geht auch überhaupt nicht in erster Linie darum, Personal zu entlassen. In erster Linie geht es darum, die Abläufe zu analysieren und Prozesse zu optimieren. Natürlich hat es irgendwann dann auch Konsequenzen, aber eigentlich ist es nicht so, dass wir sagen, jetzt müsse zuerst einmal die Summe runtergehen und so viele Stellen müssten jetzt einfach verschwinden. Ich glaube, in gewissen Bereichen hat es Potential oder es kann anders genutzt werden. Dann gibt es auch immer wieder relativ viel natürliche Fluktuation in einer Verwaltung, wie auch in anderen Firmen. Die 5% sind eine Einsparung von 1,8 Mio. Franken, aber damit ist nachher nicht alles gerettet oder erledigt in einem Budget. Das muss einfach bei der Prüfung dieses Antrages berücksichtigt werden, bei welchem wir nach wie vor fest davon überzeugt sind, dass eine solche Zielvorgabe auch eine monetäre Zielvorgabe braucht, damit am Schluss wirklich etwas herauskommt. Wenn man am Ende des Jahres 2016 merken würde, dass man jetzt nur 3 oder 4% eingespart habe, wären wir sicher die letzten, welche das kritisieren würden. Man soll aber einfach merken, dass jetzt etwas geht. In den letzten Jahren ist diesbezüglich eben nichts gegangen.

Susanne Heuberger: Die SVP-Fraktion wird diesen Antrag geschlossen unterstützen. Es kann nicht sein, dass der grösste Aufwandposten von 30% im Budget weiterhin unangetastet bleibt und eine sog. "geschützte Werkstatt" darstellt. Es geht bei einer Unterstützung dieses Antrags auch nicht darum, das städtische Personal abzuwerten, aber ich glaube, ich habe heute Abend alleine von Jolanda Urech mehrmals gehört, dass man daran sei und schaue. Wir sehen aber keine konkreten Resultate. Ich glaube, es braucht diesen Druck. Martina Suter hat es gesagt, es gibt überall eine Fluktuationsrate. Es würde mich interessieren, ob man eine Auskunft erhalten würde, wie hoch diese Rate in der Stadt Aarau ist. Vielleicht weiss das al-

lenfalls Frau Schweizer. Da ist sicher Potential vorhanden, und wir haben sehr viele Stellen, die freiwillige Leistungen betreffen, welche die Stadt anbietet. Auch hier denke ich, dass es eine Konsolidierung braucht. Ich wäre gespannt, ob man die Frage beantworten könnte, wie hoch die Fluktuationsrate konkret sei. Sie ist sicher nicht immer gleich, aber es ist bestimmt ein Mittelwert bekannt.

Silvia Dell'Aquila: Martina Suter hat versucht, das Ganze etwas abzumildern, indem sie gesagt hat, vielleicht seien es dann am Ende des Jahres nur 2%, es gehe um eine Zielvorgabe. Da müsste man sinnvollerweise vielleicht auch noch einen zeitlichen Horizont definieren. Aber es geht immer noch um 20 Stellen. Man kann es nicht einfach wegoptimieren und hat dann die 1,8 Mio. Franken gespart. Es wurde von Fluktuation gesprochen. Ich glaube nicht, dass es bei 20 Stellen bei einem Etat von ca. 400 Stellen pro Jahr solche Wechsel gibt. Auch wenn es Fluktuationen gibt, sind es trotzdem Arbeiten, welche bei anderen liegenbleiben. Es gibt also hier nichts wegzudiskutieren: Es geht um 20 Stellen, egal, ob die Inhaber derselben pensioniert werden oder ihnen gekündigt wird. Lelia Hunziker hat ebenfalls schon betont, dass es auch um die Leistungen geht, welche man abgebaut haben möchte. Dazu sagen Sie aber nichts. Es gibt Sachen, über welche man diskutieren könnte. Sie könnten Vorschläge machen und dort dann halt auch Stellen abbauen. Aber Sie müssen auch zu diesen Anträgen stehen: Wenn Sie 5% wegreduzieren wollen, dann geht es um 20 Stellen. Es geht dann nicht nur darum, Abläufe zu optimieren, denn das ist ja im Gange, wie wir gehört haben. So gesehen sind wir immer noch am selben Ort und können das in dieser Art und Weise einfach nicht unterstützen.

Susanne Heuberger: Beim Votum von Silvia Dell'Aquila habe ich mich gefragt, wie es aussehen würde, wenn wir wirklich beantragen würden, konkret eine Stelle zu streichen. Aufgrund der Erfahrungen, welche ich seit Jahren im Einwohnerrat mache, kommt da ganz sicher ein Veto und ein Nein, egal, ob der Antrag konkret ist oder eine gewisse Prozentzahl beinhaltet. Wir können hier im Rat feststellen, dass generell der Personalaufwand steigt und die linke Ratshälfte da munter mithilft und jede Stelle, egal, ob freiwillig oder gesetzlich vorgegeben, immer zu 100% unterstützt hat. So kann es einfach nicht mehr weitergehen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag zur Seite 10 der FDP-Fraktion (Reduktion Personalaufwand):

Der Abänderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Jürg Schmid: Nebst dem Personalaufwand ist auch der Sach- und übrige Betriebsaufwand ein grosser Posten. Entsprechend gestatten wir uns, dazu einen Antrag zu stellen mit folgendem Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, den Sach- und übrigen Betriebsaufwand um 5%, das wären 1,1 Mio. Franken, zu kürzen.

Wir begründen das folgendermassen: Der Sach- und Betriebsaufwand der Stadt Aarau verschlingt im vorliegenden Budget 2016 rund 39 Steuerprozente. Mit 22,7 Mio. Franken redu-

ziert sich dieser zwar gegenüber dem Budget 2015 um 200'000 Franken. Gegenüber den effektiven Zahlen des Abschlusses von 2014 entspricht dies allerdings einer Erhöhung um 1,2 Mio. Franken. Es fällt deshalb schwer, daraus Spuren von Reduktionen abzulesen. Auf Seite 11 des Budgetbuches steht zu lesen, dass "… in Teilbereichen Reserven zwischen Budget und Rechnung vorhanden sind." Diesen ist dann der Stadtrat mit einer 10-prozentigen Kürzung entgegengetreten. Allerdings liest man dann weiter unten noch, "… hat der Stadtrat die vorhandenen Reserven vermindert." Folglich muss es ja immer noch Reserven darin haben. Offensichtlich hat es im Sach- und Betriebsaufwand deshalb noch Luft darin, welche nach unserer Auffassung herausgelassen werden muss. Des Weiteren hat es in dieser Aufwandskategorie genügend steuerbare Posten, u.a. auch Beratungshonorare, welche Raum für weitere Reduktionen zulassen. Eine 5-prozentige Kürzung ist unseres Erachtens möglich und führt eigentlich nur auf den Stand von 2014 zurück.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich habe am Anfang erläutert, dass der Stadtrat eine sehr restriktive Budgetierung vollzogen hat. Es ist vorhin erwähnt worden, dass er zum einen Einsparungen in diesen Bereichen gemacht, zum anderen hat er das aber auch sehr umsichtig von Fall zu Fall angeschaut. So hat er z.B. gewisse Sachen ausgeschlossen, weil er gemerkt hat, dass man nicht überall einfach die generelle Kürzung durchführen kann. Man sieht es hier auf Seite 11, dass es z.B. bei Lehrmitteln, Lebensmitteln und medizinischem Material, also bei Sachen, welche einfach gebraucht werden, nicht geht. Bei restlichen Bereichen hat der Stadtrat diesen Auftrag in die Verwaltung gegeben. Es macht effektiv Sinn, wenn man das subtiler anschaut. In diesem Falle würde ich Ihnen beantragen, den Antrag der SVP abzulehnen, weil der Stadtrat eigentlich der Meinung ist, dass er bei der Budgetierung sehr restriktiv vorgeht. Alles Neue muss immer separat beantragt werden und der Stadtrat ist sehr zurückhaltend beim Zulassen von Neuerungen. Wenn der Aufwand steigt, dann hat es manchmal, wie ich schon einmal gesagt habe, damit zu tun, dass der Kanton wieder Aufgaben überträgt oder die Sozialhilfe zunimmt usw. Da gibt es immer verschiedene Faktoren, welche wir nicht steuern können. Ich bitte Sie also, diesen Antrag nicht zu überweisen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag zur Seite 10 der SVP-Fraktion (Kürzung des Sach- und Betriebsaufwands):

Der Abänderungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 28 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei der Seite 11 liegt ein **Abänderungsantrag der SVP-Fraktion** mit folgendem Wortlaut vor:

Auf die Ausrichtung von zwei zusätzlichen Ferientagen im Jahr 2016 an alle städtischen Angestellten sei zu verzichten.

Hier gab es ja Diskussionen, ob der Einwohnerrat überhaupt darüber abstimmen könne oder nicht. Bevor wir uns da auf juristische Auslegungen abstützen, habe ich entschieden, dass wir darüber abstimmen werden. So weiss der Stadtrat nachher, was der Einwohnerrat darüber denkt.

Susanne Heuberger: Bereits am letzten Freitag habe ich Stefan Berner per Mail angekündigt, dass die SVP-Fraktion vermutlich den Antrag stellen werde, es sei auf die beiden zusätzlichen Ferientage für das gesamte Verwaltungspersonal zu verzichten. Wir haben im Hintergrund diverse vertiefte Abklärungen dazu gemacht. Im Laufe des heutigen Morgens habe ich von Danièle Zatti Kuhn eine Mail bekommen, indem sie mich informiert hat, der Stadtrat stelle sich auf den Standpunkt, diese beiden zusätzlichen Ferientage seien bezahlter Urlaub. Deshalb lägen sie gemäss § 52 Abs. 2 des Personalreglements in der Kompetenz des Stadtrates und der Einwohnerrat dürfe in diesem Sinne nicht darüber abstimmen. Ich bin froh, dass die Einwohnerratspräsidentin das nun anders entschieden hat. Es ist auch richtig so, denn ich habe dem Stadtrat umgehend zurückgeschrieben, und zwar mit folgenden Worten: "Ich bin nicht einverstanden mit dieser Interpretation. § 52 Abs. 1 und 2 meint Individualurlaube in begründeten Fällen und nicht zusätzliche Ferien für sämtliche Stadtangestellte und dies erst noch voraussetzungslos." Ich bin überzeugt, dass auch rechtlich bestätigt würde, dass es zu einer missbräuchlichen Anwendung dieses Reglements käme, wenn wir hier im Einwohnerrat nichts dazu zu sagen hätten. Es geht um dieses blaue Büchlein. Ich glaube, die Stadtpräsidentin Jolanda Urech hatte es ebenfalls schon hervorgenommen und Sie haben es vielleicht auch schon gesehen. Das noch als Vorbemerkung. Ich habe Ihnen im Antrag eine Kurzbegründung geliefert. Ich weiss aber nicht, ob das schon alle gesehen haben. Wenn Sie die Seite 11 des Budgets anschauen, so steht dort: "Aus Spargründen ist für das Jahr 2016 keine Lohnerhöhung vorgesehen, das Personal erhält stattdessen zwei zusätzliche Freitage." Das ist nur ein Sätzchen. Es hat für mich absoluten Zusammenhang. Ich denke, auch deshalb ist es gerechtfertigt und muss es sein, dass der Einwohnerrat dazu etwas sagen kann. Wir haben bis jetzt immer die Möglichkeit gehabt, über eine Lohnerhöhung hier im Einwohnerrat zu debattieren und abzustimmen. Es hat auch sehr häufig Korrekturen zur Haltung des Stadtrates gegeben. Deshalb ist es richtig, dass wir das anschauen, denn dieser Satz ist komplett falsch. Mit diesem Satz wird uns suggeriert, dass die beiden zusätzlichen Ferientage kostenneutral umzusetzen seien. Das wäre eine Ausführung zum ersten Punkt meiner Kurzbegründung. Der Stadtrat findet es als nicht opportun, und da sind wir derselben Meinung wie der Stadtrat, dass aufgrund der negativen Teuerung, welche wir haben und auch aufgrund der Tatsache, dass wir in einem Sparprozess drin stehen, im nächsten Jahr eine Lohnerhöhung auszurichten. Da sind wir uns noch einig. Jetzt kommt aber der Stadtrat und spricht eine sog. verkappte Lohnerhöhung aus. Das ist es, wenn man zusätzlich zwei Freitage spricht, denn Ferien sind in jedem Fall ein Bestandteil des Lohnes, werden also bezahlt. Wenn man zwei zusätzliche Tage gibt, hat das Auswirkungen auf verschiedenste Seiten. Der Stadtrat unterliegt einem Irrtum, wenn er das nicht berücksichtigt oder denkt, das sei kostenneutral zu haben. Sie wissen, es gibt bezahlten und unbezahlten Urlaub. Wir sprechen hier von bezahltem Urlaub. Meiner Auffassung nach kostet es etwas, wenn man etwas bezahlt. Die Gewährung von zwei zusätzlichen Ferientagen ist nie und nimmer kostenneutral. Genau das suggeriert uns aber der Stadtrat. Wir finden im Budget keine einzige Zahl, was das ausmachen könnte. Wir haben in der FGPK nachgefragt und erhielten die Antwort, dass es dann schon etwas kosten werde. Man hat etwas abgewiegelt und gesagt, dass es allenfalls Überstunden gebe. In der Abteilung Alter komme man nicht darum herum, Aushilfspersonal anzustellen. Wie hoch genau der Betrag ist, kann man nicht feststellen. So gesehen ist es eine "Black Box", welche wir hier durchwinken würden, und das geht auf keinen Fall. Wir sind dieser Ansicht und deshalb haben wir Ihnen den Antrag gestellt. Ich möchte Ihnen aufzeigen, weshalb diese beiden zusätzlichen Ferientage sehr viel kosten resp. eine sehr hohe Auswirkung auf die Planung und die Erledigung der Arbeit innerhalb der Verwaltung haben werden: Die Stadtverwaltung Aarau rechnet mit 220 Arbeitstagen pro Jahr. Da sind die Ferien-, Krankheits- und Weiterbildungstage bereits abgezogen. Die Arbeit war also bis jetzt in 220 Tagen zu erledigen resp. ist der Stellenplan auf

diesen 220 Tagen aufgebaut. Wenn wir uns vorstellen, es gäbe 2 Tage mehr Ferien, ist der Arbeitnehmer noch 218 Tage am Arbeitsplatz. Die Arbeit bleibt dieselbe. Und was passiert dann? Jolanda Urech hat es heute Abend diverse Male versucht zu erklären, wie stark belastet man jetzt schon in der Stadtverwaltung sei, und zwar Nonstop und über jede Gebühr. Jetzt gibt man einem überlasteten Personal mehr Ferien, es muss aber dieselbe Arbeit in kürzerer Zeit bewältigen. Wenn Sie die zwei zusätzlichen Ferientage auf 220 Arbeitstage umrechnen, handelt es sich um 1% Lohnerhöhung, welche man hier spricht. Hier im Saal würden wahrscheinlich auch meine Kollegen von der linken Seite aufschreien. Es ginge auch dort wahrscheinlich nicht durch, wenn man sagen würde, man möchte eine Lohnerhöhung von 1% sprechen, und das notabene in einer Zeit, wo es absolut nicht gerechtfertigt ist. Wenn man die Arbeitstage um zwei Tage reduziert, hat das Auswirkungen. Man kann sich nachher zwar einfach auf den Standpunkt stellen wie der Stadtrat, dass das nichts koste und man es über eine Effizienzsteigerung löse. Das ist nicht möglich. Dies ist nicht nur eine Behauptung, sondern eine Tatsache. Es geht nicht. Es geht vielleicht dann, wenn man weniger am Arbeitsplatz ist oder frei hat. Dann ruht die Arbeit. Man muss also, wenn man wieder arbeitet, das, was man vielleicht nicht machen konnte, in schnellerer Zeit erledigen oder man macht Überzeit. Wir haben zusätzlich in der Stadt Aarau die Besonderheit, dass wir städtische Altersheime besitzen. Ein Drittel des gesamten Personalbestandes der Stadt Aarau sind Personen, welche im Pflegebereich arbeiten. Dort wird nicht zwischen Montag, Dienstag, Freitag oder Samstag und Sonntag unterschieden. Da ist jeder Tag ein Arbeitstag. Die Arbeit ruht nie. Wir können die Leute am Morgen nicht im Bett lassen und sagen, uns würde jetzt einfach Personal fehlen und deshalb könnte es das jetzt nicht machen. Insbesondere in der Abteilung Alter, und ich denke auch bei der Stadtverwaltung, ist es nicht möglich, das mit einer Effizienzsteigerung zu lösen. Der Stadtrat gibt zu, dass es bei den Altersheimen Aushilfspersonal brauchen werde. Das ist kostenintensiv. Ich mag mich erinnern, dass man hier im Einwohnerrat die Zahl der Ausfalltage gerade im Bereich Alter sehr stark moniert hat. Diese Zahl ist sehr hoch. Es ist ein Beruf, welcher sehr hohe Anforderungen stellt, welche dann auch zu diesen entsprechenden Ausfällen führen. In der Abteilung Alter sind die zusätzlichen Ferientage planerisch nicht handhabbar. Das ist eine Rückmeldung, welche aus dieser Abteilung kommt, und zwar von den Personen, welche tatsächlich planen, also von der Basis. Sie sagen, dass man so etwas nicht durchführen sollte, denn damit erweise man ihnen keinen Gefallen. Die Freitage würden auf dem Buckel der anderen ausgetragen. Der eine könne zwar weniger arbeiten, müsse aber im Gegenzug die Arbeit derjenigen, welche ausfallen, ersetzen. Ich mache ein Beispiel: Eine Station mit 20 Mitarbeitern hat mit dem Modell, welches der Stadtrat möchte, 40 Tage, an denen jemand ausfällt, und zwar zusätzlich zu denjenigen Tagen, an welchen jemand wegen Ferien, Krankheit oder Weiterbildung nicht anwesend ist. Das ist logistisch nicht handhabbar. Es geht nicht, ohne dass man die anderen übermässig belastet. Dann möchte ich noch einmal zurückgehen auf die zwei Arbeitstage im Verhältnis zu den 220 Tagen, an welchen man bis jetzt arbeitet. Das hat für mich einen Zusammenhang mit dem Stellenplan. Wenn man sagen kann, man könne dieselbe Arbeit machen, auch wenn man 1% weniger arbeite, heisst das, dass hier noch Luft drin ist. Wenn man diese 2 Tage bei 400 Angestellten ausrechnet, sind das 800 Arbeitstage, also etwa 4 Stellen. Wenn wirklich stimmt, was uns der Stadtrat sagt, dass man das nämlich effizient machen könne, dann könnte man 4 Stellen streichen, ohne eine Leistung zu streichen. Der Stadtrat unterliegt hier also diversesten Irrtümern.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Die Rednerin hat noch eine Minute Sprechzeit zur Verfügung.

Susanne Heuberger: Es ist klar, und das weiss man auch, denn der Bundesrat hat das auch einmal so gesagt, dass eine Woche mehr Ferien die Lohnkosten um 1% erhöht. Wir haben jetzt nicht ganz die Hälfte, welche wir hier sprechen sollten, also gibt es sicher eine Lohnerhöhung von 1%. In welcher Form diese am Schluss ausfällt, ist wirklich eine "Black Box". Wenn wir jetzt hier im Saal beschliessen, dem Personal nicht zwei Tage mehr Ferien zu geben, ist das nicht, weil wir das nicht wertschätzen, sondern weil es so einfach nicht geht resp. wenn das gehen würde, hätten wir in Aarau zu viele Stellen. Es ist gar nichts anderes. Ich möchte gerne noch etwas aus der Zürcher Zeitung vorlesen. Das dauert nur 30 Sekunden. Es geht darum, dass nicht eine Reduktion der Arbeitszeit eine Variante wäre, sondern eine Erhöhung: "Nötig wäre jetzt etwas anderes. In der Gemeinde Uzwil hat die Verwaltung aus Solidarität mit den Arbeitern der Firma Bühler die Wochenarbeitszeit von 42 auf 44 Stunden erhöht." Wir haben hier in Aarau gute Arbeitsbedingungen. Wenn man die Begründungen anschaut und die Tatsache, dass wir sehr gut dotiert sind mit den Freitagen und auch weil es organisatorisch und finanziell nicht kostenneutral durchführbar ist, möchte ich Sie inständig bitten, diesen Antrag abzulehnen. Der schiesst völlig am Ziel vorbei und wird am Schluss auf dem Buckel der Angestellten ausgetragen.

Eva Schaffner: Ich danke meiner Vorrednerin für die Wortexegese aus der Budgetbibel und erlaube mir, bevor ich dann noch ein paar Argumente anführe, ein paar begriffliche Klarstellungen zu machen, was ja bei einer Exegese besonders wichtig ist. Eine Exegese ist übrigens eine Textauslegung. Grundsätzlich ist es so, dass es nicht um Ferientage geht. Es geht um Freitage. Es ist nicht wiederkehrend, sondern einmalig. Mit anderen Worten kann es keine Lohnerhöhung sein, denn eine Lohnerhöhung gewährt man nicht für ein Jahr und im nächsten Jahr wäre der Lohn dann wieder gleich hoch wie vorher. Man könnte ihm vielleicht noch Bonus oder Erfolgsprämie für besonders gute Dienste, welche das Personal erbracht hat, sagen. Wir befinden uns in diesem Rahmen und es ist wichtig klarzustellen, wovon wir reden. Selbstverständlich verlange ich auch nicht, dass meine Vorrednerin in den Ausstand tritt, obwohl sie in einem Altersheim arbeitet. Das wollen wir hier sein lassen. Recht hat sie damit, dass diese beiden Freitage nicht einfach so mit Effizienz zu kompensieren sind. Es ist keine Luft in der Verwaltung drin. Die Leute arbeiten gut und viel und sie "chrampfen" für uns, auch für uns Bürgerinnen und Bürger. Sie machen grundsätzlich einen guten Job. Man kann Folgendes dazu sagen und wir können es noch etwas in einen Kontext stellen: Der Bonus, welcher dem Personal gewährt werden soll, kann in einen kurzfristigen Kontext gestellt werden. Dieser Kontext heisst Stabilo 1 und Stabilo 2. Dabei sind grosse Leistungen in der Verwaltung erbracht worden. Es sind auch Ideen aus der Verwaltung gekommen, wo gespart werden kann. Sie haben einen super Job gemacht. Zudem haben wir im Juni ein Budget, welches auf 100% ausgelegt gewesen ist, locker zurückgewiesen. Drei Monate später haben wir nun ein Budget, welches auf 103% Steuerfuss ausgelegt ist. Sie haben auch ein bisschen etwas gemacht unterdessen. Das stimmt, es ist keine Luft drin in der Verwaltung. Wenn man es in einen etwas grösseren zeitlichen Horizont stellt, kann gesagt werden, dass das Personal in der Verwaltung seit 10 Jahren keinen Teuerungsausgleich erhalten hat. Das ist gleichbedeutend mit einem Reallohnrückgang. Zudem hat man, und das hat unser Fraktionspräsident vorhin schon ausgeführt, den automatischen Stufenanstieg abgeschafft und einen Leistungslohn versprochen. Der wird nicht alimentiert, um eine Leistung zu honorieren. Jetzt haben sie nicht einmal mehr den Stufenanstieg und Leistungen werden nicht belohnt. Wir wissen aus dem "kleinen Einmaleins der Betriebswirtschaftslehre zur Personalführung", wenn man zu lange das Personal demotiviert, dann arbeitet es nicht besser, sondern es wird teurer, weil es dann beginnt, Dienst nach Vorschrift zu machen. Das ist also eine betriebswirtschaftliche Überlegung. Ich bin froh, dass der Stadtrat dazu gekommen ist, diese anzustellen. Die gute Leistung,

welche wir von unserem Personal aus der Verwaltung erhalten, soll für dieses Jahr honoriert werden. Es ist ein ganz schwieriges Jahr für die Verwaltung. Deshalb bitte ich Sie alle, den Antrag der SVP zurückzuweisen und mitzuhelfen, dass wir im Jahr 2016 dieses kleine Zückerchen dem Verwaltungspersonal der Stadt Aarau geben können, und zwar genau in einem Jahr, in welchem es weniger gesetzliche Feiertage für die meisten gibt, da diese nicht auf Werktage fallen. Ich danke Ihnen vielmals für die Unterstützung gegen diesen Antrag.

Susanne Heuberger: Das Reglement sagt, man dürfe beim zweiten Mal noch fünf Minuten sprechen. Ich werde nicht so lange brauchen. Meine Vorrednerin muss nach meinem Referat ganz sicher nicht mehr ans Mikrofon kommen. Es ist folgende Situation: Ich bin selber seit kurzem bei der Stadt Aarau angestellt. Für mich ist klar, dass ich mich hier aus der Abstimmung heraushalte. Das ist ja das, was wir immer fordern. Ich halte mich aus der Abstimmung raus, obwohl ich mich nicht einmal bevorteilen würde. Für mich ist es einfach ganz wichtig, dass ich mich da selber zurücknehmen kann. So gesehen hat meiner Meinung nach Eva Schaffner auch keine Veranlassung mehr, das in Frage zu stellen oder zu kontern.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Eigentlich habe ich vorhin schon sehr viel dazu gesagt. Ich bin froh um diese Richtigstellung: Es ist keine verkappte Lohnerhöhung, denn eine Lohnerhöhung würde nachher ja bestehen bleiben. Das ist einmalig und es sind keine Ferien. Es ist ein Urlaub und deshalb ist es effektiv einfach diese Geste, welche der Stadtrat machen möchte. Natürlich ist es so, dass das Personal sehr viel arbeitet. Es geht da aber nicht um acht oder zehn Tage, sondern nur um zwei. Um diese einzuziehen ist das ähnlich, wie wenn jemand krank ist und die anderen dann auch ganz unkompliziert schauen, dass diese Arbeit übernommen werden kann. Selbstverständlich ist es so, dass es bei den Altersheimen anders ist, aber das bestreitet der Stadtrat auch nicht. Ich sage es einfach noch einmal bez. Abstimmung: Der Stadtrat hat den § 52 Abs. 2 anders ausgelegt. Er ist der Meinung, es liege in seiner Kompetenz. Er wehrt sich aber nicht. Wenn der Einwohnerrat darüber abstimmen möchte, dann soll er das natürlich tun.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag zur Seite 11 der SVP-Fraktion (Verzicht auf die Ausrichtung von zwei zusätzlichen Ferientagen):

Dem Antrag der SVP-Fraktion wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen (Ausstand von Susanne Heuberger) mit Stichentscheid der Präsidentin **zugestimmt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei den Seiten 12 bis 15 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zu den Produktegruppen. Bei der Produktegruppe 01, Politische Führung, wurde der Abänderungsantrag der FDP bereits zurückgezogen. Da wird es einen WOSA-Auftrag geben. Bei der Produktegruppe 01 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktegruppe 02, Stadtkanzlei, liegt ein **Abänderungsantrag der FDP** mit folgendem Wortlaut vor:

Die 20'000 Franken an das Open Air am Maienzug seien aus dem Budget zu streichen.

Michel Meyer: Wir haben jetzt schon zwei Sparprogramme hinter uns gebracht. Auf die Bevölkerung kommt wahrscheinlich ein Budget mit einem höheren Steuerfuss zu. Wir haben es

damals bei Stabilo 2 gesehen, dass mehrere Massnahmen den Maienzug betroffen haben, seien es weniger geladene Gäste am Maienzugbankett oder der Verzicht auf das Zelt an der Riviera. Der Verzicht auf dieses Zelt hat eine Ersparnis von 47'000 Franken pro Jahr eingebracht. Beim Durchschauen des Budgets entdeckte ich bei der Produktegruppe 02, dass ein Sponsoring an das Open Air am Maienzug von sage und schreibe 20'000 Franken ausgerichtet wird. Das heisst, dass wir die Sparmassnahme bereits wieder zur Hälfte zunichte gemacht haben. Für unsere Fraktion ist dieses Vorgehen alles andere als akzeptabel: einerseits, weil ein solches Sponsoring keine Staatsaufgabe ist, aber auch, weil die ganzen Sparbemühungen gegenüber der Bevölkerung in ein schiefes Licht gerückt werden. Da müssen wir ehrlich sein. Es ist doch klar inkonsequent, dass auf der einen Seite gespart wird, aber auf der anderen Seite einfach wieder freiwillige Ausgaben einfliessen. Aus diesem Grunde und auch dafür, dass ein Budget mit einem höheren Steuerfuss eher von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern akzeptiert wird, beantragen wir, dass diese Sponsoringgelder im Umfang von 20'000 Franken an das Open Air am Maienzug zu streichen sind. Die Massnahme der Streichung des Zeltes an der Riviera hat auch gezeigt, dass es Private übernehmen, wenn es der Staat nicht bezahlt. Das ist hier nämlich gelungen. Und zum Abschluss: Es sind jetzt mehrmals konkrete Massnahmen verlangt worden. Das hier ist ein ganz konkreter Massnahmenvorschlag.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Dazu wäre noch zu sagen, dass man nicht einfach diese Massnahme kürzen kann, sondern dass man das Globalbudget kürzt. Der Stadtrat weiss jetzt aber, was genau gemeint ist, falls das angenommen wird.

Markus Hutmacher: Ich bin kein Ur-Aarauer und entsprechend spreche ich nicht nur vom Maienzug, sondern auch vom Jugendfest. In diesem Kontext finde ich es schon eine etwas komische Idee, wenn man eigentlich das einzige Angebot, welches für eine ganz spezifische Altersgruppe ausgerichtet wird, streicht, und zwar im Umfang von 20'000 Franken. Wenn der Stimmbürger wegen diesem Betrag einer Steuererhöhung nicht zustimmt, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Ich finde es einfach komisch: Wir machen ein Jugendfest und das kostet 320'000 Franken. Einer Altersgruppe, welche finanziell auch nicht gleich aufgestellt ist wie diejenigen, welche das Zelt benutzen, dieses Angebot zu streichen, werde ich persönlich ablehnen.

Silvia Dell'Aquila: Die Gegenüberstellung "Chrutwäje vs. Zeltanlage", welche in diesem Antrag gemacht wird, ist relativ seltsam, wie es auch schon Markus Hutmacher gesagt hat. Die Zeltanlage am Maienzug ist ein beliebter Treffpunkt für die etablierten und meist auch schon erwachsenen Maienzüglerinnen und Maienzügler. Da trifft man sich, um ein paar Gläsli zusammen zu trinken. Das Open Air Chrutwäje ist seit 32 Jahren der Treffpunkt für die Aarauer Jugend am Maienzug. Notabene ist es eines der seltenen Angebote für Jugendliche am Maienzug. Der Maienzug ist primär das jährliche Fest der Aarauer Kinder und Jugendlichen. Es wurde an dieser Stelle auch schon moniert, dass der Maienzug zu einem Fest der Erwachsenen verkommen sei und es zu wenig Angebote für Kinder und Jugendliche am Maienzug habe. Das Open Air Chrutwäje zieht jährlich durchschnittlich 3000 Jugendliche aus Aarau und der Region an. Das Angebot an Musik ist qualitativ gut und es gibt auch für Aarauer Bands und Musiker die Möglichkeit, vor einem grossen Publikum aufzutreten. Das Open Air wird von einem Verein organisiert, der von zahlreichen Helferinnen und Helfern unterstützt wird. Der Lohn für diese Arbeit ist ein Helfer-Essen nach dem Open Air. Das ist ein Essen, bei welchem alle Helfer und das OK kommen. Im Antrag verweist Michel Meyer auf den Willen. Der Wille ist da. Es ist nicht selbstverständlich, dass eine so grosse und mittlerweile so professionelle Arbeit von so vielen Leuten ohne Entschädigung geleistet wird. Die Stadt

hat immer davon profitiert und musste in all den Jahren für dieses Angebot im Vergleich zu den restlichen Angeboten am Maienzug finanziell nicht viel leisten. Das im Gegensatz zu einer Zeltanlage, welche immerhin 47'000 Franken pro Jahr gekostet hat. Wieso braucht es eine zusätzliche Unterstützung der Stadt? Ich habe mich über das Wochenende beim OK des Open Airs erkundigt. Ich weiss nicht, ob der Antragsteller das auch getan hat. Ein Punkt ist, dass das Kuratorium seinen Beitrag nicht mehr leisten wird, weil es keine Veranstaltungen ohne Eintritt mehr unterstützt. Die Sponsorenakquisition ist schwieriger geworden. Es können zwar Sponsoren gewonnen werden. Dies sind sog. "Goodwillsponsoren", welche aber oft nach 1-2 Jahren ihr Engagement wieder aufkünden. Wer sich mit Sponsorenakquisition beschäftigt, weiss, wie schwierig das in den letzten Jahren geworden ist. Für das OK ist es schwierig, eine professionelle Akquisition aufzubauen. Wie wir gesehen haben, besitzen sie ja praktisch keine finanziellen Möglichkeiten, um so etwas aufzubauen und sie arbeiten alle unentgeltlich. Eine solche Akquisitionsarbeit ist sehr intensiv. Die Zusammenarbeit mit Alkohol- oder Tabaksponsoren würde sicherlich zu mehr Einnahmen führen, aber das ist für diesen Anlass nicht wünschenswert und würde vom OK nicht mitgetragen, wie mir von ihnen erklärt worden ist. Viele Probleme würden gelöst, wenn Eintritt für das Open Air verlangt würde. Ich persönlich finde es ein Armutszeugnis, wenn man bei einem einzigen Angebot für Jugendliche in dieser Stadt am Maienzug Eintritt verlangen müsste. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der FDP, den vom Stadtrat vorgesehenen Beitrag von 20'000 Franken für die Weiterführung des Open Air Chrutwäje zu streichen, einstimmig ab. Das Open Air muss als eines der wenigen Angebote für die Aarauer Jugend am Maienzug weiterbestehen. Ohne die vorgesehene Unterstützung der Stadt ist das Open Air Chrutwäje ernsthaft gefährdet. Dies will die SP-Fraktion nicht zulassen. Ich lade die FDP ein, ihre Haltung zu überdenken und alle anderen Parteien, diesen Streichungsantrag abzulehnen.

Regina Jäggi, Stadträtin: Die beiden Vorredner, Markus Hutmacher und Silvia Dell'Aquila, haben eigentlich das Wesentlichste bereits gesagt und es bleibt mir nicht mehr viel beizufügen. Ich möchte hier einfach noch darauf hinweisen, dass diese 20'000 Franken eine Defizitgarantie sind, und zwar als Sicherheit für den organisierenden Verein. Es ist bereits gesagt worden, dass sie das mit Herzblut tun. Ich würde es extrem schade finden, wenn das in Aarau nicht mehr Platz hätte, dass wirklich etwas für die Jugendlichen vorhanden ist. Es ist übrigens auch ein toller Anlass für diejenigen, welche nicht mehr ganz so jung sind. Sie geben sich enorm Mühe und die Jungen lieben das heiss. Es wäre wirklich schade und deshalb bitte ich Sie auch, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Zum Zelt an der Riviera gibt es noch Folgendes zu sagen: Bis jetzt liegt eine Absichtserklärung vor, aber noch nicht mehr. Es ist also auch noch nicht ganz sicher, ob das dann wirklich von Privaten bezahlt wird. Ich habe bis heute noch nichts gehört. Das wollte ich einfach noch ergänzend sagen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag zur PG 02 der FDP-Fraktion (Kürzung des Globalkredits):

Der Abänderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 34 Nein-Stimmen gegen 15 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei der Produktegruppe 03 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Produktegruppe 04.

Jürg Schmid: Bei der Produktegruppe 04, Organisation und Informatik, stellt die SVP-Fraktion folgenden Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, den Sach- und übrigen Betriebsaufwand in der Produktegruppe 04, Organisation und Informatik, um 10% oder 170'000 Franken zu kürzen.

Mit Kosten von weit über 10'000 Franken pro Arbeitsplatz weist die Stadt Aarau seit Jahren überdurchschnittlich hohe Werte bei den Kosten der Informatik aus. Im Rahmen von Stabilo 2 wurde leider versäumt, grundsätzliche Themen der Informatik und damit verbundene Optimierungsmöglichkeiten anzugehen. Als Stichworte können genannt werden: weiter wie bisher, Verbund mit weiteren Gemeinden / Rechenzentren, höhere Standardisierung gegenüber heutiger Individualisierung usw. Das hat man nicht angeschaut. Die aus Stabilo 2 resultierenden Vorschläge sind sehr bescheiden geblieben. Da liegt unserer Meinung nach mehr drin. Deshalb beantragen wir, den Sach- und Betriebsaufwand um 10% bei dieser Produktegruppe zu kürzen.

Oliver Bachmann: Grundsätzlich haben wir Sympathien für diesen Antrag. Er ist aber so, wie er heute Abend kommt, nicht annehmbar. Wir würden viel mehr vorschlagen, dass die SVP mittels eines Postulates an den Stadtrat gelangen würde. Der Stadtrat sollte das Ganze noch einmal überprüfen. Wir können nicht beurteilen, ob und wo die Kosten gesenkt werden könnten, aber genau dafür haben wir den Stabilisierungsprozess gemacht. Dort konnten die Ideen eingebracht, geprüft, Meinungen dazu eingeholt und umgesetzt werden. Auch jetzt gibt es die Möglichkeit immer noch, dies zu tun. Wir würden aber beliebt machen, das nicht heute Abend so anzunehmen, sondern das Anliegen im Rahmen irgendeines Vorstosses zu überweisen.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Dazu noch ein paar Bemerkungen: Es sind sehr wohl verschiedene Anstrengungen im Gange, diese Kosten tiefer zu halten. Sie mögen sich sicher erinnern, dass Sie im Zusammenhang mit der Kreisschule Buchs-Rohr einen Stabilo-Auftrag überwiesen haben. Dabei soll die Schulinformatik kostengünstiger gemacht und auch gleich im Zusammenhang mit der Kreisschule angeschaut werden. Im Rahmen dieses Projektes ist jetzt die Idee entstanden, das überhaupt für die beiden Gemeinden umfassender anzuschauen. Dann hat der Bericht Stabilo 2 zur Informatik eigentlich auch kein riesiges Sparpotential ausgemacht, ausser demjenigen, welches Sie ebenfalls im Rahmen von Stabilo 2 gutgeheissen haben. Es geht dabei um die Endgeräte, die selektive Lizenzierung von Fachapplikationen und um eine weitere Professionalisierung der Beschaffung. Bei den Kosten pro Arbeitsplatz muss halt ganz genau geschaut werden, was darin berechnet ist. Man kann nicht einfach sagen, wir hätten die höchsten Kosten, denn es können nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Wir haben natürlich alle Kosten abgehandelt. Im Rahmen der Budgetdebatte hat der Stadtrat bei der Informatik auch schon einen recht grossen Einschnitt vorgenommen, indem er die Kostenstelle, welche Jürg Schmid vorhin erwähnt hat, betr. Materialaufwand usw. gekürzt hat. Da ist die Informatik übermässig davon betroffen. Sie muss sich nach dieser Decke strecken. Aufgrund all dieser gegebenen Punkte, welche ich jetzt hier aufgezählt habe und den Bemühungen, welche im Gange sind, möchte ich Sie bitten, von diesem Antrag abzusehen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag zur PG 04 der SVP-Fraktion (Kürzung des Sach- und Betriebsaufwands):

Der Abänderungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen **angenommen.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei den Produktegruppen 05, 10, 12, 13, 14, 15, 17 und 18 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit sind wir bei der Produktegruppe 20.

Christoph Oeschger: Erlauben Sie mir ein paar Worte und einen Antrag zur Produktegruppe 20, Kultur: Beim genauen Hinsehen bestätigt sich auch bei der Produktegruppe 20 der Eindruck, welcher das Gesamtbudget hinterlässt. Es ist ein eher zwiespältiger Eindruck. Auf der einen Seite haben wir vorsichtig gewählte Worte, Kommentare und Ausführungen in diesem Bericht, welche ein vorsichtig optimistisches Bild aufzeigen, auf der anderen Seite sehen wir die nackten Zahlen, welche sehr oft eine andere Geschichte erzählen. Für das kommende Jahr 2016 liegt der budgetierte Nettoaufwand bei 1,572 Mio. Franken und es wird festgestellt, dass damit eine Ersparnis von 87'500 Franken erzielt werden konnte. Wenn man diesen Wert von 1,572 Mio. Franken aber vergleichbar mit dem Budgetwert vom Vorjahr, also von 2015 macht, dann muss man ihn um zwei Positionen bereinigen, nämlich um die Positionen "Musikverein Harmonie", welcher aufgelöst wurde, und den Posten "Theatertage Aarau", welche nur alle zwei Jahre stattfinden. Dann stellt man fest, dass aus dieser vermeintlichen Ersparnis von 87'000 Franken ein Anstieg von knapp 10'000 Franken resultiert. Dass man die Auflösung eines bisherigen Beitragsempfängers als Sparerfolg deklariert, zeugt nicht von grosser Budgetehrlichkeit. Auch hier bleibt letztlich das nüchterne Fazit: von Sparen keine Spur. Ein interessantes Bild zeigt auch die Position "Einmalige Beiträge": Der für das Jahr 2016 veranschlagte Betrag von 124'500 Franken liegt sage und schreibe 38% über dem entsprechenden Wert des Jahres 2012. Es ist aus unserer Sicht nicht einzusehen, weshalb nicht auch der Bereich Kultur einen Beitrag zu einem gesunden Finanzhaushalt leisten soll. Ganz im Sinne der stadträtlichen Absichtserklärung im Rahmen von Stabilo 2 erwarten wir eine substantielle Reduktion der Aufwendungen. Die SVP stellt deshalb folgenden Antrag:

Der Nettoaufwand der Produktegruppe 20, Kultur, soll bei einer Million Franken pro Jahr plafoniert werden.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Wenn ich es richtig verstanden habe, soll der ganze Nettoaufwand von 1,57 Mio. Franken auf 1 Mio. Franken gesenkt werden. Das wäre natürlich eine dramatische Veränderung. Das würde einen Drittel ausmachen. Man darf hier einige Sachen nicht vergessen: Im Rahmen von Stabilo 2 ist im letzten Frühling der ursprüngliche Auftrag korrigiert worden, weil er nicht realistisch war. Es geht eigentlich um vier Bereiche, denn es betrifft nicht nur die Kultur, sondern dort sind ja auch die Bibliothek, das KUK und das Stadtmuseum darin enthalten. Wir haben gesagt, es solle im Rahmen von Stabilo 2 aufgezeigt werden, wie in diesen vier Bereichen 10% der Nettoaufwände eingespart werden können. Wir haben jetzt in den Diskussionen am heutigen Abend immer von 5 und 10% Reduktionspotential gesprochen. Das sind Grössenordnungen, welche man mit einem laufenden Betrieb im Grundsatz auch auf eine halbwegs realistische Art und ohne grosse Leistungseinbussen realisieren kann. Der Bericht liegt seit Mitte September vor und ich habe ihn hier. Das ist der Heller-Bericht. Wenn wir heute Nachmittag in der Stadtratssitzung nicht so lange die diversen Anträge für heute Abend hätten vorbereiten müssen, wäre er vielleicht sogar heute schon besprochen worden. Das wird aber sehr bald kommen. Es liegen entsprechende Vorschläge vor,

um die Einsparung von 10% im Rahmen dieser vier genannten Gruppen zu realisieren. Deshalb würde ich schon aus diesem Grunde davon absehen, eine Kulturförderung derart zu reduzieren. Eine Forderung in dieser Grössenordnung hat gar nie im Raum gestanden. Sie ist auch nicht in die Diskussionen zu Stabilo 2 oder in der Debatte im Juni eingebracht worden. Wenn Sie auf der Seite 43 schauen, welche Institutionen davon betroffen wären, dann sehen Sie, dass es für diese ganz klar existenzielle Folgen hätte. Es geht hier darum, dass wir bei unseren Kulturleuchttürmen, wie z.B. dem KiFF, oder bei Theaterförderungen massive Einsparungen vornehmen müssten. Man kann auch sagen, dass im Laufe der letzten sieben Jahre der Kulturförderungsbeitrag in der Stadt Aarau eigentlich stabil geblieben ist. Es wird auch Teil der Berichterstattung zum erwähnten Bericht sein, welcher Martin Heller gemacht hat, aufzuzeigen, dass wir im Jahre 2010 z.B. eine Kulturförderung von 1,56 Mio. Franken gehabt haben. Jetzt liegen wir bei 1,57 Mio. Franken. Auch diese Entwicklung muss angeschaut werden, und zwar in einer Phase, in welcher sich das Kulturangebot in Aarau und der Region massiv vergrössert hat. Wir sind in der Kulturförderung, und das ist eine Besonderheit zu den anderen Bereichen der Kultur der Stadt Aarau mit dem Stadtmuseum und der Stadtbibliothek, über sieben Jahre beim selben Betrag geblieben. Es gibt nicht viele Produktegruppen, wenn man alle anschaut, welche nach wie vor auf demselben Niveau wie vor sieben Jahren sind. Man hat den Peak gehabt, aber wir sind in den letzten sieben Jahren eben auch vorsichtig bei den Vergaben gewesen, obwohl wir auch viel mehr Anträge als in den letzten Jahren behandelt haben. Das sind einmal die Grundüberlegungen zu diesen Zahlen, welche Christoph Oeschger genannt hat. Den Projektkredit haben wir jetzt auf 124'500 Franken erhöht. Die Differenz ist entstanden, weil wir das Projekt "Musig i de Altstadt" in diesen Projektkredit hineingenommen haben. Wir haben gesagt, dass wir das eigentlich jährlich als kleineren Beitrag dort behandeln und nicht in die grossen, institutionellen Beiträge hineinnehmen möchten. Es soll auch nicht zu den Festivalbeiträgen kommen, welche wir über Jahre für bestehende, grössere Institutionen reserviert haben. Man sieht in der sehr detaillierten Zusammenstellung, dass sich die Zahlen für 2016 effektiv reduziert haben, weil die Theatertage im Zweijahresrhythmus stattfinden. Das wurde im letzten Jahr bereits gesagt. Dort werden wir auch im Rahmen der Überarbeitung der Förderrichtlinien, welche ebenfalls im Rahmen des Kulturkonzeptes vorgesehen ist und an welcher wir dran sind, genau schauen, dass wir diese Grössenordnungen im Griff behalten. Die Zielsetzung bleibt vorderhand so bestehen, wie wir sie im Stabilo 2-Auftrag definiert haben. Es soll auf diesen Grössenordnungen weitergefahren werden können. Aber ich möchte Sie schon bitten, jetzt nicht einfach bei denen, bei welchen es am einfachsten ist, nämlich bei den Externen, bei welchen wir Geld nach aussen für den Betrieb geben, welchen man übrigens als Multiplikator für Besucherfrequenzen und Veranstaltungen in Aarau ansehen kann, eine solch radikale Massnahme einzuführen und 40% der Beiträge zu streichen. Das wäre fatal für die Attraktivität und die Kulturentwicklung hier in Aarau.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich möchte noch einmal bei der SVP-Fraktion nachfragen, was genau gemeint ist. In der Begründung zur Rückweisung, welche man als Grundlage für diesen Abänderungsantrag nimmt, steht "Plafonierung der Beiträge auf 1 Mio. Franken." Christoph Oeschger hat in seinem Referat gesagt "Plafonierung des Nettoaufwandes auf 1 Mio. Franken."

Christoph Oeschger: Es geht nicht um den Nettoaufwand, sondern um den Transferaufwand von 1,385 Mio. Franken.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit wissen wir, worüber wir abstimmen. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag zur PG 20 der SVP-Fraktion (Plafonierung des Transferaufwands):

Der Abänderungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 33 Nein-Stimmen gegen 15 Ja-Stimmen (Ausstand von Margrit Stüssi) **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei der Produktegruppe 21 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Produktegruppe 22.

Beat Krättli: Namens der SVP-Fraktion laden wir den Stadtrat freundlich ein, dem Einwohnerrat einen Vorschlag in Form eines Konzeptes zu unterbreiten, der die Eigenwirtschaftlichkeit des Saalbaus resp. des Kultur- und Kongresshauses KUK zum Ziel hat. Wir sind der Ansicht, dass dies die städtischen Finanzen um rund 2,16 Mio. Franken entlasten würde und zudem eine einmalige Chance für das KUK wäre, an Effizienz und Kundenorientierung zuzulegen. Wir haben es hier überhaupt nicht mit einem Tabubruch zu tun. Der Stadtrat hat bereits in der Vergangenheit Mut zur Innovation bewiesen, als er versuchte, das Stadtmuseum der Ortsbürgergemeinde zu überantworten. Bekanntlich war dieses Unterfangen von keinem Erfolg gekrönt, sodass der Betriebskostenüberschuss in der Höhe von 1,2 Mio. Franken nach wie vor durch den Steuerzahler getragen werden muss. Geben wir also dem KUK eine Chance und entlassen diese Institution in die Eigenwirtschaftlichkeit.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Das ist jetzt etwas schwierig, denn es ist kein Budgetantrag und keine Änderung einer Produktegruppe, sondern etwas Ähnliches wie dasjenige Anliegen der FDP-Fraktion zur Produktegruppe 01. Da müssten Sie ein anderes Format finden, um diesen Auftrag an den Stadtrat zu überweisen.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Ich kann hier einfach auch noch ergänzen, dass wir im Rahmen des Kulturberichtes, welcher wie gesagt in den nächsten Wochen im Einwohnerrat besprochen werden kann, ebenfalls Vorschläge zur Kommerzialisierung des KUK's gemacht haben. Es sind konkrete Vergleiche und Berechnungen angestellt worden, wie mit der Tarifstruktur eine Verbesserung erreicht werden kann. Da wird es also eine Verbesserung im Rahmen dieses Berichtes und konkrete Vorschläge dazu geben.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei den Produktegruppen 23, 26 und 30 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Produktegruppe 31.

Margrit Stüssi: Ich habe keinen Abänderungsantrag, aber im Namen der FDP-Fraktion eine Bemerkung zu dieser Produktegruppe: Ich erinnere an die Einwohnerratssitzung vom 21. Januar 2013. Selber war ich noch nicht im Einwohnerrat, aber einige von Ihnen mögen sich sicher noch erinnern: Unter Traktandum 9 wurde damals das Reglement der Musikschule und über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrpersonen der Stadt Aarau zum Erlass durch den Einwohnerrat unterbreitet. Die SVP beantragte das Nichteintreten und Abwarten des Modells Kreisschulverband. Die SP beantragte die Rückweisung des Reglements zur Überarbeitung und die damalige Sprecherin, Franziska Graf, brachte entsprechende, konkrete Änderungsvorschläge gleich vor. Dieser Rückweisungsantrag wurde gutgeheissen. Heute, fast 3 Jahre später, liegt immer noch kein neuer Reglementsentwurf vor, obwohl er immer wieder versprochen worden ist. Im Budget wird auch darauf hingewiesen, dass die Botschaft an den Einwohnerrat folgen wird, nur wissen wir nicht wann. Die im Budget präsentierten Zahlen sind

deshalb für uns nicht ganz nachvollziehbar. Diese Zahlen müssten jetzt doch eigentlich mit einem neuen Reglement korrespondieren, welches wir eigentlich schon lange hätten beschliessen sollen. Die FDP erwartet an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 16. November oder spätestens am 14. Dezember, der letzten Sitzung dieses Jahres, die Vorlage des neuen Reglements. Allenfalls besteht die Möglichkeit, nur eine Reglementsänderung betreffend Lektionspreise und Lektionsdauer, was sicher zwingend wäre, vorzulegen und die gesamte Reglementsüberarbeitung nach dem Entscheid über die zukünftige Schule Aarau-Rohr oder die Kreisschule Aarau-Buchs durchzuführen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir kommen noch einmal zurück zur Produktegruppe 22. Gemäss Gemeindeordnung § 27 Abs. 1 müssen die parlamentarischen Vorstösse in schriftlicher Form eingereicht werden. Bei der Produktegruppe 40 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Produktegruppe 41.

Susanne Knörr: Ich mache es ganz kurz. Die **SVP-Fraktion** stellt einen **Abänderungsantrag** mit folgendem Wortlaut:

Die Beiträge an die FuSTA-Institutionen seien bei 2 Mio. Franken zu plafonieren.

Die Stadt Aarau hat ein vielfältiges Angebot an Kinderbetreuung, und das finde ich auch gut so. Ich persönlich kann mich ja glücklich schätzen, denn ich habe meine Kinder immer zuhause am Tisch. Ich brauche dieses Angebot zum Glück nicht. Im Vergleich zu anderen Städten ist auch der Mindestbeitrag der Eltern in Aarau sehr tief. Liestal hat z.B. Mindestbeiträge von 24 Franken, Aarau nur 15 Franken. Die 260 Betreuungsplätze kosten die Stadt jährlich 2,16 Mio. Franken. Das sind also stolze 10'000 Franken pro Platz. Die SVP-Fraktion beantragt deshalb eine Plafonierung der Beiträge auf 2 Mio. Franken.

Franziska Graf, Stadträtin: FuSTA ist ein Riesenthema. Es ist eine Struktur in Aarau, welche gewachsen ist. So entstand aus verschiedenen Institutionen ein grosses Gebilde und man fand ein System, welches damals gut, fortschrittlich und funktionstüchtig war. Es konnte nicht ganz mit der Zeit, den vielen Kindern, den Bedürfnissen und Anforderungen Schritt halten. Für den Stadtrat ist klar, dass das überarbeitet werden muss. Das kann man aber nicht einfach mit einer Zahl machen. Das Konstrukt und die Abhängigkeiten zwischen der Stadt und den Institutionen sind ziemlich kompliziert. Die Stadt gibt mit einem Leistungsvertrag den Rahmen vor und die Institutionen müssen die Vorgaben erfüllen. Das einzige, was Sie eigentlich könnten, sind die Löhne kürzen. Ich weiss nicht, ob Sie sich informiert haben, wie hoch die Löhne sind, welche die Mitarbeitenden wirklich erhalten. Ich kann Ihnen aber sagen, dass ebenfalls im Rahmen des Projektes Kreisschule Aarau-Buchs die Familien- und Schulergänzenden Tagesstrukturen ein Thema sein werden. Das ist entschieden und stellt einen Teilbereich dieses Projektes dar. Dort wird auch geschaut, wie das sinnvoll für alle gestaltet werden kann. Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, einen Moment Geduld zu haben, bis das kommt. Es ist so, dass das nicht einfach in einem Entscheid so schnell gemacht werden kann, sonst hätten wir das im Rahmen von Stabilo 2 bereits getan.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag zur PG 41 der SVP-Fraktion (Plafonierung der Beiträge an die FuSTA-Institutionen):

Der Abänderungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 37 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei der Produktegruppe 42 liegt ein **Abänderungsantrag der FDP** mit folgendem Wortlaut vor:

Die bis 31.03.2015 bewilligte Projektstelle "Fachstelle Kind und Familie" sei für das Jahr 2016 zu streichen."

Barbara Urech: Im Budget auf Seite 61 steht, dass der Stadtrat die ursprünglich bis am 31. März 2015 bewilligte Projektstelle "Fachstelle Kinder und Familie" bis Ende 2016 verlängert. Generell wurden all die freiwilligen Info- und Beratungsstellen der Stadt Aarau nicht während des Stabilo 2 - Prozesses analysiert. Erst im Nachhinein wurde ein entsprechender Bericht in Auftrag gegeben. Das Ziel muss doch sein, mehr Synergien dieser freiwilligen Stellen zu nutzen und die Strukturen klar zu optimieren, um die Kosten massiv zu senken. Seit über 6 Jahren ist diese Projektstelle zweimal vom Einwohnerrat mit einer Botschaft vom Stadtrat befristet und verlängert worden. Wie lange kann denn eigentlich eine Projektstelle existieren? Ende März 2015 ist diese Stelle vom Stadtrat in eigener Kompetenz um weitere 20 Monate verlängert worden. Warum wurde uns dieses Jahr im Frühling nicht ein Antrag mit einer Zusammenfassung nach Arbeitsschwerpunkten unterbreitet? Kann der Stadtrat wirklich durch den Einwohnerrat befristete Stellen eigenmächtig über 20 Monate verlängern? Die 46'500 Franken beziehen sich auf einen Jahreslohn von über 120'000 Franken. Wurden hier klare Zielvorgaben erarbeitet, damit man weiss, ob sich diese Stelle überhaupt noch lohnt? Unsere Vermutung liegt nahe, dass sich gewisse Projektstellen nicht zielkonform ausrichten. Finanztechnisch kann man da sicher nicht gross kritisieren, denn der Nachtragskredit für den Lohn von über 46'500 Franken sowie dem zusätzlichen Projektanteil wurde uns durch einen PA 1. Serie Nachtragskredite aufgelegt. Durch diesen PA ist diese Stelle bis am 31. Dezember 2015 bewilligt. Für unsere Fraktion gibt es doch einige Fragezeichen und wir verstehen nicht, warum der Stadtrat diese Stelle nochmals bis Ende 2016 verlängert hat. Der Einwohnerrat ist nicht mit einer offiziellen Botschaft mit klaren Details über den Stelleninhalt sowie auch die genauen Zielsetzungen angefragt worden. In dieser Situation mit knappen Finanzen und Sparprogrammen ist für unsere Fraktion klar, dass im Jahr 2016 diese Projektstelle ohne genaue Definitionen gestrichen werden kann.

Alexander Umbricht: Es gibt zwei Arten, solche Projektstellen loszuwerden: man streicht sie oder wandelt sie in eine permanente Stelle um. Wenn man beides nicht macht, hat man halt eine ewige Projektstelle. Dann frage ich mich schon ein bisschen, wieso wir im Juni so viele Berichte bestellt und gesagt haben, was wir alles abgeklärt haben möchten und wir schaffen es nun im Oktober, uns nicht mehr daran zu erinnern oder nicht die notwendige Geduld aufzubringen. Entweder hätten wir im Juni sagen müssen, wir wollen keine Berichte und machen Nägel mit Köpfen oder wir warten jetzt doch einfach diese Berichte ab. Bei FuSTA haben wir uns einmal entschlossen, Rohr gleichzustellen. Jetzt kommt die Überprüfung der freiwilligen Stellen. Ich frage mich etwas, was das Konzept dahinter sein soll. Geht es um Wahlkampf? Ich habe keine Ahnung, aber ich frage mich wirklich. Und noch eine letzte Bemerkung: Lohnkosten sind nicht gleich Lohn.

Franziska Graf, Stadträtin: Ich denke, ich kann einige Fragen der FDP beantworten: Im Politikplan finden Sie auf Seite 126 unter anderem ein Legislaturziel, welches "Bildungslandschaften" heisst. Ich verstehe, dass das nicht so aussagekräftig ist, wenn man keine Detailinformationen dazu hat. Mir hat dieses Wort gar nichts gesagt. Der Stadtrat hat das Wort und die Hintergründe dazu kennengelernt, als wir zusammengesessen sind, um mögliche Sparmassnahmen zu diskutieren. Dort hat uns die Leiterin der Sozialen Dienste gesagt, dass bei den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialleistungen nicht gespart werden könne. Den Leuten, welche ihre Anträge korrekt ausfüllen, müssen wir das ausbezahlen, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Aber aus vielen Studien hat sich ergeben, und das würde die Leiterin uns gerne vortragen, dass bei einer Förderung, damit die Leute gar nicht erst so weit kommen, dort gespart werden kann. Eine Massnahme, welche sich bewährt und v.a. in Deutschland sehr breit erprobt wurde, nicht zuletzt dank dem Engagement der Jacobs Foundation, ist eine Bildungslandschaft. Das bedeutet eine Vernetzung sämtlicher Institutionen, welche mithelfen, dass Kinder und Jugendliche eine Bildung geniessen können. Da geht es nicht nur "Schulbildung". Es geht also nicht nur um Mathematik, Deutsch usw., sondern um Lebensbildung. Es geht z.B. um den Blauring, die Sportvereine oder Familienergänzende Tagesstrukturen. Man hat festgestellt, dass das wirklich etwas bringt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Eltern besser vernetzt sind und wissen, wo sie Unterstützung holen können, wenn sie das brauchen. Wenn die Schwelle niedriger ist, holt man sich Hilfe, bevor die Katastrophe wirklich zu gross wird. Auf diese Erfahrungen haben wir abgestützt und der Stadtrat hat sich entschieden, das als Legislaturziel zu setzen. Nun muss das jemand umsetzen und das ist in der Stadt Aarau genau diese Person, welche die Stelle innehat, welche Sie nun streichen möchten. Wir sind uns aber auch bewusst, dass der Stadtrat im Rahmen von Stabilo 2 nicht einfach einen Antrag bringen möchte, diese Stelle in eine feste Stelle umzuwandeln, weil er genau die Überprüfung sämtlicher freiwilliger Stellen unterstützt. Das hat der Stadtrat auch schon einmal bestätigt. Der Stadtrat möchte herausfinden, ob irgendetwas kombinierbar wäre oder Synergien vorhanden seien, ob es Optimierungen mit anderen Stellen gäbe und wo dann das Gewicht wie gelegt werden solle. Das haben wir noch nicht gemacht. Der Stadtrat würde gerne die Chance erhalten, damit das seriös gemacht werden kann und wir auch unser Legislaturziel einhalten können. Wir haben uns nämlich darum bemüht, dass die Kosten nicht allzu hoch werden. Deshalb haben wir uns bei der Jacobs Foundation um finanzielle Unterstützung beworben. Sie bezahlen uns im Jahr 20'000 Franken. Das ist das Maximum, welches sie pro Jahr überhaupt ausbezahlen und wir haben die Gelder erhalten. Die Bedingung ist aber, dass wir gleichviel einbringen. Unsere Leistung besteht aus Arbeitsleistung, d.h. finanziert über dieses Lohngeld. Alles ist eigentlich hinfällig, wenn diese Stelle gestrichen wird. Es gibt keine Person, welche die Kapazität hätte, dies jetzt einfach so zu übernehmen. Zudem wäre es sehr schade, wenn wir den Vertrag mit der Jacobs Foundation nicht einhalten könnten und das ganze Projekt, kaum aus der Wiege gehoben, schon wieder einstampfen müssten. Wir bitten die FDP, sich das jetzt noch einmal schnell zu überlegen. Wenn Sie an Ihrem Antrag festhalten, bitten wir alle anderen, diesen nicht zu unterstützen.

Barbara Urech: Ich habe nur noch schnell eine kleine Bitte, vielleicht an die Stadträtin Franziska Graf: Mir liegt ein Bericht vom 21. November 2011 vor, als diese Stelle bereits zum zweiten Mal befristet wurde. Es geht in diesem Bericht um die Arbeitsschwerpunkte, um Projektarbeit, die Vernetzung, Kooperation und Informationsvermittlung in der Öffentlichkeit. Schlussendlich stand hinten im Antrag, dass die Fachstelle "Kinder und Familie" mitten in der erfolgreichen Aufbauarbeit stehe. Jetzt sind wieder drei Jahre vorbei. Uns geht es v.a. auch darum, zu schauen, ob das eine Stelle ist, welche es wirklich mit der Zeit braucht. Dann kann

man diese Sache einmal klar auseinander nehmen. Oder würde die Stelle einfach befristet weitergeführt, sodass es weiterhin etwas schwammig und unklar bliebe? Das ist für uns eigentlich auch eine wichtige Frage an den Stadtrat.

Franziska Graf, Stadträtin: Ich kann diese Frage heute Abend nicht konkret beantworten. Der Stadtrat ist eigentlich der Meinung, dass es nicht angebracht wäre, in der jetzigen Situation mit einem Antrag auf Umwandlung in eine feste Stelle zu kommen. Das wäre aus heutiger Sicht logisch. Der Stadtrat hat sich entschieden, die Projektstelle noch einmal zu verlängern, damit genug Zeit für eine seriöse Prüfung im Rahmen der Überprüfung sämtlicher freiwilliger Stellen vorhanden ist. Im Moment kann ich nur diese Antwort geben. Der Stadtrat würde gerne eine detaillierte Antwort liefern können, wenn er die Zeit erhält, um das korrekt anzuschauen.

Barbara Urech: Die FDP-Fraktion wird ihren Antrag zurückziehen. Wir möchten aber ganz klar noch einmal mitteilen, dass die befristeten Stellenprozente weiterhin geprüft werden. Es soll sorgfältig damit umgegangen und sie sollen nicht eigenmächtig verlängert werden. Der Einwohnerrat soll klare Botschaften erhalten, wenn eine Stelle nochmals um 20 Monate weiterlaufen darf.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir fahren fort mit der Detaillesung. Bei den Produktegruppen 42, 43, 46, 50, 51, 60, 61, 62, 63, 70, 71, 72 und 73 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zum Investitionsbudget. Hier rufe ich jede Seite einzeln auf. Wir beginnen mit der Seite 88.

Jürg Schmid: Die **SVP-Fraktion** stellt einen **Abänderungsantrag** zum Investitionsbudget mit folgendem Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, das Investitionsvolumen von 6,1 Mio. Franken, das mit dem vorliegenden Budget bewilligt werden soll, um 10% zu reduzieren.

Der Effekt auf die Laufende Rechnung ist zwar gering, in der gegenwärtigen Situation gilt es allerdings, besonders genau hinzuschauen. Insbesondere wird mit diesen Zahlen auch in die Zukunft projiziert. Entsprechend sollten sie nicht einfach durchgewinkt werden. Wo sehen wir Raum für Kürzungen oder allenfalls Bedarf für vertieftere Analysen, ev. mit einer separaten Vorlage an den Einwohnerrat? Ich gehe jetzt konkret auf ein paar solche Investitionsprojekte ein. Da wäre einmal die Sanierung der Metzgergasse 18, also der Tuchlaube: Mit 180'000 Franken soll der Kassenraum vergrössert und die Bar umplatziert werden. Die Zukunft der Tuchlaube als Veranstaltungsort ist unseres Erachtens mehr als in Frage gestellt. Ich liefere dazu das Stichwort "OXER". Entsprechend ist eine Investition in diesem Umfang zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt. Man sollte sich da höchstens auf eine Instandhaltung beschränken, falls man ein paar Wände anmalen und ein paar Teppiche ersetzen müsste. Instandhaltung Schachenhalle: Offensichtlich weiss man dort schon mehr über den Bedarf. Im Investitionsbudget sind total 900'000 Franken eingesetzt. Davon sollen 400'000 Franken im Jahr 2016 bereits ausgegeben werden. Ich denke, über das Ausmass dieser Instandhaltungsmassnahmen müsste der Einwohnerrat zumindest vorgängig im Detail noch informiert werden. Für die Küchensanierung in der Kochschule im Zelgli sind 300'000 Franken eingesetzt. Dieser Betrag erscheint uns einfach exorbitant hoch. Die Neuerschliessung Hinterfeld ist unseres Erachtens zu verschieben. Ich glaube, da kommt noch ein separater Antrag der Grünen. Die Gartensanierungen bei diversen städtischen Liegenschaften sind für das nächste Jahr mit

560'000 Franken veranschlagt. Ich denke, dort ist es fragwürdig, ob wirklich in diesem Umfang saniert werden muss. Das könnte zumindest problemlos auf weitere Jahre verschoben werden. Wir sind also überzeugt, dass Raum für das Einsparen der geforderten 610'000 Franken besteht. Dabei überlassen wir es dem Stadtrat, zusammen mit der Verwaltung die genauen Kürzungen und Streichungen zu definieren.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Der Antrag lautet, wenn ich das richtig verstanden habe, das Investitionsbudget vom Jahr 2016 um 10% zu kürzen, das wären also 10% von diesen 6,1 Mio. Franken. Es hat mich etwas verwirrt, weil eigentlich ganz konkrete Vorschläge eingebracht worden sind. Ich habe mich gefragt, ob das gleich Anträge seien oder ob es beispielhaft gemeint sei. Der Budgetplan ist erstellt worden. Wir sind der Meinung, dass diese Budgetposten so abgebildet sind, wie wir sie im Jahr 2016 angehen möchten. Aus diesem Grund wird der Stadtrat an ihnen festhalten. Es sind nun aber verschiedene Themen abgerufen worden. Vielleicht wäre es noch sinnvoll, zum einen oder anderen noch etwas zu sagen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Sie haben das Thema Sporthalle Schachen erwähnt. Der Stadtrat hat Ihnen hier im Einwohnerrat kürzlich eine Vorlage präsentiert, bei der es darum ging, das Instandhaltungskonzept auszuarbeiten. Ich habe Ihnen damals auch von Seiten des Stadtrates gesagt, dass Sie dieses Instandhaltungskonzept selbstverständlich anschauen können, wenn es dann soweit ist. Es gab auch einzelne Einwohnerratsmitglieder, welche sich bei der Verwaltung erkundigt haben, damit man Ihnen das Instandhaltungskonzept auch einmal erklären konnte. Wenn Sie da weitergehende Bedürfnisse haben, können Sie sich selbstverständlich an Herrn Daniel Müller, Sektion Liegenschaften, wenden und sich das Instandhaltungskonzept erklären lassen. Dort sehen Sie auch, welche Positionen wir ungefähr zu welchem Zeitpunkt brauchen würden. Wir machen nur das Notwendigste für diese Halle und nicht mehr.

Oliver Bachmann: Ich stelle den **Ordnungsantrag auf eine kurze Pause.** Es handelt sich um einen recht umfassenden Antrag, welcher da gestellt worden ist und welchen wir so noch nicht diskutieren konnten. Deshalb bitte ich um eine fünfminütige Unterbrechung.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich entscheide ohne Abstimmung, dass wir 5 Minuten Pause machen.

kurze Pause

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Nach dieser kurzen Pause würde ich gerne noch eine Information weitergeben: Das vorliegende Budget geht am Mittwoch zum Layouter. D.h., der Stadtrat kann das nicht mehr so beraten, wie es Jürg Schmid angedacht hat mit diesen 10% und der Stadtrat solle dann selber schauen, wo er kürzen möchte. Das heisst wiederum, dass diese Budgetpositionen, welche vorne einen Punkt und hinten im Textteil eine Beschreibung haben, diejenigen sind, welche neu aufgenommen wurden und jetzt gutgeheissen würden oder eben nicht. Deshalb wäre es sehr hilfreich, wenn Sie konkrete Anträge unter diesen Positionen stellen würden, denn sonst ist das für den Stadtrat einfach terminlich nicht mehr machbar.

Jürg Schmid: Ich hoffe, dass ich richtig gerechnet habe. Um auf die genannten 610'000 Franken zu kommen, würde die **SVP-Fraktion** konkret folgende **Abänderungsanträge** stellen:

Abänderungsantrag 1 (zu A17.5.195):
Die Sanierung Metzgergasse / Tuchlaube von 180'000 Franken sei zu streichen.

Abänderungsantrag 2 (zu B17.5.035):
Die Sanierung Schulküchen Zelgli soll um 100'000 Franken reduziert werden.

Abänderungsantrag 3 (zu I62.5.263):
Der Projektierungskredit für die Neuerschliessung Hinterfeld von 50'000 Franken sei zu streichen.

Abänderungsantrag 4 (zu 10870.18.18):
Der Kredit für die Gartensanierung soll auf zwei Jahre verteilt und somit für das Jahr 2016 auf den Betrag von 280'000 Franken halbiert werden.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir werden einzeln über die vier Anträge abstimmen. Der dritte Antrag entspricht dem bereits eingereichten Abänderungsantrag der Grünen.

Markus Hutmacher: Uns wäre es nicht primär um eine Kürzung, also um eine finanzielle Überlegung gegangen, sondern darum, dass vor der Planung der Erschliessung darüber gesprochen würde, ob sie sinnvoll sei oder nicht. Das ist unser Anliegen. Wenn wir der SVP aber so helfen können, werden wir unseren Antrag zurückziehen. Vielleicht ist sie dann auch pragmatisch am Schluss.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich habe jetzt eine kleine Unsicherheit. Es geht um das Hinterfeld. Beim Antrag der SVP soll der Kredit nicht für das Investitionsbudget 2016 bewilligt werden. Wenn ich es richtig gesehen habe, bedeutet der Antrag der Grünen eine vollständige Streichung des Projekts. Ich sage gerne einleitend ein paar Worte dazu: Sie haben gesehen, dass Sie das Hinterfeld in der Investitionsrechnung an vier Positionen drin haben, nämlich auf der Seite 96 ungefähr in der Mitte der Seite unter "Stadtteil Rohr". Dort sehen Sie, dass Sie mit dem Budget 2013 schon einmal die Arealentwicklung freigegeben haben. Darunter haben Sie gleich noch die Sondernutzungsplanung, welche ein Thema ist. Auf der Seite 100 der Investitionsrechnung sehen Sie etwas unterhalb der Mitte "Hinterfeld, Neuerschliessung, Projektierung". Das ist der Antrag, um welchen es jetzt hier geht, also um diese 50'000 Franken bzw. die 150'000 Franken im Jahre 2017. Gleich bei einer Position darunter "Hinterfeld, Neuerschliessung, Realisierung" sehen Sie ein Dreieck und das Jahr 2020. Das Dreieck bedeutet, dass es dazu noch eine Einwohnerratsbotschaft geben wird. So sieht die Ausgangslage aus. Sie haben dem Stadtrat also einmal den Auftrag gegeben, dieses Projekt anzugehen. Wir haben in den letzten Jahren mit den Grundeigentümerschaften einen Prozess gestartet und sind in die Arealentwicklung eingestiegen. Die Grundeigentümerschaften sind die Ortsbürger-und die Einwohnergemeinde sowie verschiedene Private. Wir haben da einen partnerschaftlichen Prozess eingeleitet, durchgeführt und finanziert. Das einmal zur Ausgangslage. Sie konnten es in der Zeitung lesen und auch selber an Informationsveranstaltungen im Rahmen der Arealentwicklung in diesem Frühling erfahren, dass man der Öffentlichkeit verschiedene Bebauungsvarianten vorgestellt hat. Dazu liessen wir auch verschiedene Vernehmlassungen machen. Der Vernehmlassungsbericht ist mittlerweile auch vorliegend. Wir haben ihn gleich letzte Woche den Grundeigentümerschaften vorgestellt. Er wird demnächst auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Wir haben die Öffentlichkeit sehr stark in diesen Prozess einbezogen und haben das partizipativ aufgegleist. Der Stadtrat hat auch beschlossen, dass er die interessierte Bevölkerung noch mehr einbeziehen möchte. Unterdessen hat sich eine IG Hin-

terfeld aufgrund dieses Prozesses konstituiert. Aus dieser Interessengemeinschaft möchte der Stadtrat Personen in die Prozessbegleitung integrieren. Auch Mitglieder aus dem Stadtteilverein Rohr wurden oder werden noch angefragt und sollen in den Prozess miteinbezogen werden, wie auch Mitglieder aus Ihren Reihen. Wenn Sie das noch nicht erhalten haben, werden sie gleich demnächst eine Anfrage von Seiten des Stadtrates dazu erhalten. Er möchte zwei Mitglieder aus Ihren Reihen in den ganzen Prozess als sog. Resonanzgremium delegieren. Der Stadtrat möchte wirklich keine Planungsleiche machen, sondern das wirklich mit Ihnen, dem Stadtteilverein Rohr und der IG Hinterfeld zusammen angehen. Wir haben 47 Eingaben aus den Vernehmlassungen erhalten. Die grosse Mehrheit steht eigentlich konstruktiv und positiv zu diesem Projekt. Eine Minderheit verlangte eine Auszonung oder eine zeitliche Aufschiebung. Das ist bei jedem grösseren Projekt so und haben wir auch erwartet, aber die grosse Mehrheit hat sich konstruktiv geäussert. Man hat auch die Varianten unterschiedlich gewürdigt und sich detailliert damit auseinandergesetzt. Die interessierte Bevölkerung wurde wirklich miteinbezogen. Die Mitglieder des Einwohnerrates werden auch weiterhin mitdiskutieren können, einerseits in diesem Resonanzgremium und andererseits wird Ihnen eben der Stadtrat, und das bedeutet das Dreieck bei dieser Position "Hinterfeld, Neuerschliessung, Realisierung", die entsprechenden Kreditanträge noch stellen. Sie werden hier im Saal das letzte Wort dazu haben. Wenn man diese Mittel nun streichen würde, hätte das zur Folge, dass die bis jetzt eingesetzten Gelder eigentlich verpuffen würden, weil man nicht weitermachen könnte. Auf der anderen Seite sind die Kosten für die Planung, welche wir im Vergleich zu den Baukosten haben, also das, was Ihnen jetzt beantragt wird, überhaupt nicht gross. Aber wir könnten in den Prozessen weitermachen, welche noch Jahre gehen werden, wie Sie das aufgrund dieser verschiedenen Positionen ja selber sehen. Vor dem Jahre 2019 wird dort sicher kein Bagger auffahren, und zwar ganz einfach auch deshalb, weil im Jahre 2019 dieses Land noch für das Eidg. Turnfest gebraucht wird. Vorher passiert dort also gar nichts, aber die Zeit bis dahin brauchen wir, um das weiterentwickeln zu können, und zwar von der Erschliessungsthematik her. Es soll geklärt werden, wie es dereinst dort aussehen soll, wie die Strassen gelegt werden sollen und welche Überbauung überhaupt klug wäre. Wenn man das einmal als Idee hat, quasi als Leitbild, dann kann man mit der Nutzungs- und der Sondernutzungsplanung beginnen. Erst wenn das abgeschlossen ist, kann man überhaupt mit dem Stellen von Baugesuchen beginnen. Es geht also noch Jahre, aber wir brauchen einfach einen gewissen Vorlauf, damit man dereinst im Jahre 2019, 2020 oder 2021 überhaupt ein Baugesuch stellen kann. Wir brauchen also diese Zeit. Die privaten Grundeigentümerschaften im Perimeter Hinterfeld haben sich bis jetzt auch partizipativ an diesem Prozess beteiligt. Wenn wir das jetzt herausstreichen würden, könnten wir einfach nicht mehr weitermachen. Die Privaten haben gleich letzte Woche wieder ihr Interesse daran bekundet, dort weiterzumachen. Noch einmal: Sie müssen keine Angst haben, wir werden nicht gleich mit Baggern auffahren. Sie werden sich dazu äussern können. Wir möchten jetzt aber wirklich ein Richtprojekt ausarbeiten, damit anschliessend die ganzen Planungsprozesse darauf aufbauen können. Die Planungsprozesse werden noch Jahre dauern und am Schluss hat der Einwohnerrat das letzte Wort, das ist so. Bitte streichen Sie also dieses Projekt nicht einfach so.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Ich sage noch etwas zum Antrag 1 zu A17.5.195, Sanierung Metzgergasse / Tuchlaube: Es geht hier um kleine Massnahmen im Rahmen der laufenden Erneuerung. Man konnte es auch hinten im Text lesen, dass es um eine kleine Verschiebung der Bar und um einen Teppichersatz usw. geht. Weil wir ohnehin mit dem Bereich Reithalle jetzt in einem anderen Prozess sind, zu dem gelegentlich eine Medienmitteilung herauskommen wird, um zu kommunizieren, wie es dort weiterläuft, würde ich jetzt sagen, dass diese Sanierung einmal ein Jahr hinausgeschoben werden könnte. Selbstverständlich muss man die

laufenden Unterhaltsarbeiten machen, denn es ist eine städtische Liegenschaft. Aber hier besteht die beste Möglichkeit, dass diese 180'000 Franken im nächsten Jahr jetzt nicht dringend gebraucht werden.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag 1 der SVP (zu A17.5.195, Sanierung Metzgergasse / Tuchlaube, Streichung):

Der Abänderungsantrag 1 der SVP-Fraktion wird mit 33 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme **angenommen.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zum Abänderungsantrag 2 der SVP zu B17.5.035 und der Streichung der 100'000 Franken für die Sanierung der Schulküchen Zelgli.

Lelia Hunziker: Mich nerven solche Anträge total. Wir wissen echt nicht, worüber wir abstimmen. Ich finde es absolut unverantwortlich, hier jetzt irgendwelche Sachen herauszustreichen. Wir haben das Budget jetzt sicher schon drei oder vier Wochen zuhause und haben auch die Investitionsrechnung angeschaut. Jetzt hier einfach so über Streichungen, bei welchen wir gar nicht genau wissen, worum es eigentlich geht, abzustimmen, finde ich schwierig. Ich habe keine Ahnung über die Küche in der Bezirksschule. Ich weiss nicht, wie es aussieht und wie viel dort investiert werden muss. Bei allen anderen Punkten weiss ich das auch nicht. Ich finde es total unverantwortlich, jetzt hier einfach aus dem Blauen heraus und aus dem Ärmel hinausgeschüttelt gewisse Sachen zu streichen. Ich glaube, sogar auf beiden Seiten wäre noch eine gewisse Akzeptanz für solche Streichvorschläge vorhanden gewesen, aber nicht jetzt. Ich finde, wenn wir jetzt so entscheiden, ist das unverantwortlich. So können wir einfach nicht politisieren. Dafür sind wir nicht gewählt worden. So geht es nicht und ich bitte, das anders zu machen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich sage gerne noch etwas zu dieser Küche und Sie können die Begründung auch auf der Seite 105 nachlesen. Es hat ja dort einen Kreis. Wir haben hier auch ein Gesundheitsproblem, wenn wir das nicht machen. Irgendeinmal kommt dann jemand und schliesst uns die Küche. Das ist die Konsequenz, wenn Sie dieses Vorhaben streichen. Wir können dann letztlich den Unterricht nicht mehr führen, gemäss den Aussagen, welche wir erhalten haben.

Lukas Häusermann: Man sieht jetzt da, und das möchte ich doch auch noch einmal gesagt haben, was genau abläuft, wenn man konkrete Sparanträge stellen muss. Der Stadtrat hätte die Chance gehabt, nachher in seiner Kompetenz zu sagen, dass vielleicht bei allen Vorhaben 10% gekürzt werden solle, dafür könnte alles durchgeführt werden. Oder er hätte sagen können, dass einzelne Sachen gestrichen werden sollen, dafür würde man die anderen Sachen stehen lassen, denn dort brauche man das Geld wirklich. Jetzt sind wir genau in der Situation, in welcher man sagt, das könne jetzt aber nicht konkret gestrichen werden oder das andere aus jenem Grund auch nicht, obwohl eigentlich hier im Rat grundsätzlich Konsens herrschen würde, dass über die Summe 10% gestrichen werden könnte. Deshalb möchte ich Sie bitten, jetzt auch diesem Antrag zuzustimmen und entsprechend auch die Konsequenzen zu tragen, welches das vom Stadtrat vorgeschlagene Vorgehen dann halt auch hat. Ehrlich gesagt sehe ich mich da nicht wahnsinnig stark in der Verantwortung.

Silvia Dell'Aquila: Lelia Hunziker hat es eigentlich schon gesagt, aber ich möchte es noch deutlicher aussprechen: Ich finde das, was die SVP hier wieder einmal abzieht, wirklich unverantwortlich. Im Juni sind Sie wie stumme Fische dort gesessen. Sie haben Vertretungen in der FGPK. Es gibt eine Aktenauflage, in welcher Sie Sachen nachschauen können. Das müssen Sie nicht alles hier in der Sitzung nachfragen. Sie haben auch Fraktionssitzungen, in welchen Sie sich besprechen können und nachher wahrscheinlich noch eine ganze Woche Zeit, in welcher Sie die Anträge hätten schreiben können. Ich wäre sehr dafür gewesen, vielleicht bei ein paar Strassen etwas zu streichen oder auch bei anderem. Aber ich habe heute alle Ihre Anträge nicht schriftlich vor mir gehabt und hatte keine Ahnung, worüber wir da heute Abend abstimmen sollten. Und am Schluss kommen Sie und sagen, wir seien diejenigen, welche nicht zustimmen, wenn Sie irgendwelche Vorschläge bringen. Sie hätten lange Zeit gehabt. Sie hätten beim ganzen Stabilo-Prozess Zeit gehabt, das haben wir heute Abend mehrmals gehört. Wir haben das Budget seit vier Wochen. Sie hätten auch im Juni einmal aufstehen, irgendetwas sagen oder einen Vorschlag bringen können. Sie hätten auch einmal etwas Schriftliches einreichen können, sodass wir uns ein Bild von Ihren Ideen hätten machen können. Ihre Idee ist einfach, hierhin zu stehen und zu sagen, bei der Kultur sei der Betrag irgendwie bei 1 Mio. Franken zu plafonieren, und das nur, weil Sie wissen, dass das in diesem Rat bei den momentanen Mehrheitsverhältnissen keine Chance hat. Ich bin überzeugt, dass Sie einen solchen Antrag niemals stellen würden, wenn Sie die Mehrheit hätten. Es geht Ihnen nur um Publizität und Wahlkampf und es ist mir wirklich etwas peinlich, was hier abläuft. Wir müssen jetzt über eine Küche abstimmen, von welcher ich nicht einmal weiss, wo sie steht. Jetzt müssen wir darüber diskutieren. Sie geben sich überhaupt keine Mühe und das regt mich wirklich auf. Es ist jetzt dann 23 Uhr und wir müssen alle arbeiten gehen morgen. Sie ziehen hier jedoch eine Show ab, welche wirklich unwürdig ist, und zwar zum wiederholten Mal. Sie haben das bereits im Juni geboten und Sie bieten es auch heute wieder. Das regt mich wirklich auf. Die Mehrheit von Ihnen sind intelligente Menschen und Sie wissen genau, welches Spiel Sie hier abziehen. Das geht so nicht.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich bitte Sie, dass wir die Debatte, auch wenn es schon spät ist und wir alle müde sind, doch noch sachlich zu Ende zu bringen können.

Alexander Umbricht: Ich möchte kurz Lukas Häusermann widersprechen: Ich bin durchaus der Meinung, dass wir in der Verantwortung sind und ich sehe mich auch in dieser Verantwortung. Wir haben jetzt bereits etwas gestrichen oder hinausgeschoben oder was auch immer. Es ist nicht so, dass wir nicht bereit wären, über einzelne Sachen abzustimmen. Ich kann mir gut vorstellen, dass man für 90% der Kosten eine Küche sanieren kann, aber bei einem Drittel wird es schwierig ohne Zusatzinformationen. Zudem möchte ich Lukas Häusermann noch in einem zweiten Punkt widersprechen: Wenn ich es richtig verstanden habe, hat der Stadtrat bereits gewisse Investitionen gestrichen. Er hat sich vermutlich überlegt, was besser nicht gestrichen wird. Ich glaube auch, wenn der Stadtrat schon 10% weniger budgetiert hätte, wäre realistischerweise ein Antrag auf Streichung von noch einmal 10% gekommen. Ich zumindest sehe nie den ganzen Hintergrund, was überhaupt alles schon gar nicht bewilligt worden ist. Ich finde das ein bisschen eine spezielle Unterstellung. Ich bin froh, dass die SVP die einzelnen Anträge gestellt hat. Über den Zeitpunkt haben wir schon genug gehört.

Jürg Schmid: Ich kann eine gewisse Erregung verstehen, wenn Anträge so blitzartig daherkommen. Deshalb haben wir ja eigentlich den Auftrag dem Stadtrat geben wollen, er solle 610'000 Franken sparen. Aufgrund des Votums der Stadtpräsidentin auf diesen Abänderungs-

antrag haben wir nachher innert 30 Sekunden etwas zusammenstellen müssen. So gesehen bitte ich auch um ein gewisses Verständnis. Wir wissen auch nicht mehr über das Ganze. Die Präsidentin hat einmal darum gebeten, dass wir die Voten hier sachlich halten. Entsprechend möchte ich auch unterstreichen, dass wir das auch in Zukunft so halten könnten.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag 2 der SVP (zu B17.5.035, Sanierung Schulküche Zelgli, Reduktion):

Der Abänderungsantrag 2 der SVP-Fraktion wird mit 26 Nein-Stimmen gegen 19 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zum Abänderungsantrag 3 der SVP zu I62.5.263 und der Streichung der 50'000 Franken (bzw. dem Hinausschieben) für die Erschliessung Hinterfeld. Die Grünen ziehen ihren Antrag dazu zurück. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag 3 der SVP (zu I62.5.263, Projektierung Neuerschliessung Hinterfeld, Streichung):

Der Abänderungsantrag 3 der SVP-Fraktion wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen **angenommen.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zum Abänderungsantrag 4 der SVP zu 10870.18.18 und der Halbierung auf 280'000 Franken für die Gartensanierung. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag 4 der SVP (zu 10870.18.18, Gartensanierung, Halbierung):

Der Abänderungsantrag 4 der SVP-Fraktion wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen **angenommen.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit haben wir die Detailberatung abgeschlossen und kommen zur Ausmarchung des Steuerfusses. Bevor wir dazu kommen, möchte ich eine Konsultativabstimmung durchführen, wie es aussieht bez. Gönhardschulhaus, damit wir die betroffenen Personen hier im Saal nämlich entlassen könnten.

Franziska Graf, Stadträtin: Aktiv Sparen heisst für mich, Geld gar nicht erst ausgeben. Das können wir, wenn wir das Gönhardgeschäft heute Abend noch beraten können. Es ist leider einfach eine Tatsache, wenn es Verzögerungen gibt, entstehen auch Verzögerungen im ganzen Ablauf. Das Schulgebäude muss einfach auf den nächsten Sommer hin bereitstehen, sonst braucht es irgendwo Schulräume. Ich möchte Ihnen ans Herz legen und Sie müssen ja nicht lange machen, dass wir dieses Geschäft heute Abend noch behandeln können.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Die eindeutige Mehrheit entscheidet bei der Konsultativabstimmung, dass wir dieses Geschäft heute Abend noch beraten. Somit kommen wir nun zur

Ausmarchung des Steuerfusses. Weil nun vier verschiedene Steuerfüsse beantragt worden sind, können wir es nicht mit dem sonst normalerweise durchgeführten Verfahren machen. Wir müssen das Koordinationsprinzip anwenden und über alle vier gleichzeitig abstimmen lassen. Man muss sich zuerst für einen der vier entscheiden. Der mit den wenigsten Stimmen fliegt raus. Dann sind es noch drei. Danach fliegt wieder der mit den wenigsten Stimmen raus. Dann sind es noch zwei und am Schluss bleibt dann noch einer übrig. Mit diesem gehen wir dann in die Schlussabstimmung. Pro Durchgang hat jedes Ratsmitglied jeweils nur eine Stimme.

Ueli Hertig: Ich bin der Meinung, dass das so nicht funktioniert. Man kann die Koordinationsabstimmung für diese Anträge machen, welche nicht im Budget enthalten sind, also nicht dem Antrag, welcher uns vom Stadtrat vorliegt, entsprechen. Bei diesen dreien kann ausgemarcht werden, welchen man möchte. Der obsiegende muss anschliessend dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt werden. Man kann nicht alle vier nehmen, sondern nur 94%, 98% oder 100%. Der, welcher am meisten Stimmen erhält, müsste dann dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt werden.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Die Rechtsprechung, welche wir hier vorliegend haben, sagt zwar etwas anderes, aber um den heutigen Abend etwas schneller zu Ende zu bringen, machen wir es so, wie Ueli Hertig vorgeschlagen hat.

Simon Burger: Ich glaube, diese Frage müssen wir schon sorgfältig anschauen. Meines Erachtens ist es schon so, dass jetzt alle vier Steuerfüsse einander gegenübergestellt werden und die Abstimmung so, wie sie die Präsidentin geschildert hat, durchgeführt wird. Wenn wir jetzt einfach einen anderen Modus einführen, führt das meiner Meinung nach nicht mehr zu einem gerechten Ergebnis, denn so entsteht die Möglichkeit für taktische Spiele. Ich möchte deshalb beliebt machen, das so durchzuziehen, wie es das Ratsbüro vorgesehen hat und es vor allem offenbar auch gesetzlich vorgesehen ist.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Es ist eben nicht ganz so klar. Es steht einfach "die Alternative." Ob das aber die Alternative mit dem Vorschlag oder ohne Vorschlag ist, ist etwas schwierig.

Oliver Bachmann: Die Gründerväter des Einwohnerrates haben anscheinend unsere Sitzung schon vorausgesehen und haben im Geschäftsreglement unseres Einwohnerrates diesen Fall bereits definitiv geregelt. Es steht hier unter dem § 20 Abs. 5: "Liegen drei oder mehr Anträge gleicher Ordnung vor, werden je zwei in Eventualabstimmungen einander gegenübergestellt, bis nur noch zwei für die letzte Abstimmung übrigbleiben." Weil das unsere Geschäftsordnung ist, ist das einfach das Vorgehen, welches wir hier wählen möchten. Das würde ich vorschlagen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Das Problem ist eben, dass sich die einzelnen Anträge ausschliessen. Das Ratsbüro hat das schon auch gesehen und darüber diskutiert, dass wir nicht zu viel Willkür möchten und deshalb das andere Verfahren mit dem Koordinationsprinzip gewählt haben. Sonst ist es wieder willkürlich und wir können den Rest des Abends darüber diskutieren, ob wir jetzt oben oder unten mit Ausmarchen anfangen. Deshalb wäre eben unser Vorschlag viel gerechter. Wir machen zwei Minuten Pause, damit wir das hier vorne kurz diskutieren können, wie wir das mit diesen beiden Vorschlägen machen sollen.

kurze Pause

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir haben entschieden, dass wir die Abstimmung mit dem Koordinationsprinzip durchführen werden. Jetzt stimmen wir noch darüber ab, ob wir den Vorschlag von Ueli Hertig nehmen oder denjenigen von Simon Burger. Entweder führen wir das Koordinationsverfahren mit drei Anträgen durch oder zuerst mit vier Anträgen. Somit kommen wir zur

Abstimmung über das Abstimmungsvorgehen:

Abstimmungen über 3 Steuerfussanträge (94%, 98% und 100%)	24 Stimmen
Abstimmungen über 4 Steuerfussanträge (94%, 98%, 100% und 103%)	23 Stimmen

Das Abstimmungsvorgehen über 3 Steuerfussanträge hat obsiegt.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zu den

Abstimmungen über die beantragten Steuerfüsse:

1. Abstimmung

Steuerfuss von 94%	21 Stimmen
Steuerfuss von 98%	3 Stimmen
Steuerfuss von 100%	25 Stimmen

Somit fällt der Steuerfuss von 98% weg.

2. Abstimmung

Steuerfuss von 94%	23 Stimmen
Steuerfuss von 100%	26 Stimmen

Somit fällt der Steuerfuss von 94% weg.

3. Abstimmung

Steuerfuss von 100%	24 Stimmen
Steuerfuss von 103% (Antrag Stadtrat)	3 Stimmen

Somit hat der Steuerfuss von 100% obsiegt.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Mit einem Steuerfuss von 100% und allen beschlossenen Änderungen kommen wir nun zu den

Schlussabstimmungen über das Budget 2016

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Budget 2016 der Einwohnergemeinde Aarau wird mit einem Steuerfuss von 100% genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 3 der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Produktegruppe 21 wird in "Stadtmuseum Aarau" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 3:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Produktegruppe 73 wird in "Bestattungswesen und Grünflächenpflege" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zur Detailberatung des Politikplans 2015 – 2020.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich wollte Ihnen nur noch eine kurze Information weitergeben: Auf der Seite 125 sind die Legislaturziele abgebildet. Ungefähr in der Mitte steht unter "Kapitaldienst", dass der Stadtrat prüfe, ob die Mittel aus dem Anlagefonds in eine direkte Immobilienanlage in der Aarenau umgeschichtet werden sollen. Solche internen Gespräche und Verhandlungen haben stattgefunden. Der Stadtrat hätte sich aus der Optik Einwohnergemeinde für ein Baufeld interessiert. Es ist so, dass im Moment vier Felder unüberbaut sind.

Bei diesen vier unüberbauten Feldern wird der Stadtrat und die OFK sowie die OBK gegenüber der Ortsbürgergemeindeversammlung die Haltung vertreten, dass zwei von diesen Feldern überbaut werden sollen, und zwar eines durch die Ortsbürger selber und das andere soll im Baurecht abgegeben werden. Mit den anderen zwei Feldern soll noch zugewartet werden. Das Feld Nr. 8 wäre vorgesehen gewesen, im Baurecht abzugeben. Dieses Feld ist der Einwohnergemeinde angeboten worden. Der Stadtrat hat in der Funktion der Einwohnergemeinde beschlossen, die Investition in dieses Baufeld Nr. 8 nicht zu tätigen. Die Investition ist dem Stadtrat zu risikoreich. Deshalb hat der Stadtrat dieses Angebot abgelehnt und verzichtet auf eine Überbauung des Baufeldes Nr. 8. Er wartet aber zu, bis die anderen beiden Baufelder Nr. 5 und 7 zu einem späteren Zeitpunkt zur Disposition stehen. Dann wird sich der Stadtrat wieder überlegen, ob er eine solche Investition allenfalls tätigen möchte. Das wird im November so der Ortsbürgergemeinde vorgelegt werden. Dem Stadtrat war es aber wichtig, dass Sie das nicht einfach nur aus der Zeitung lesen, sondern von uns eine kleine Vorinformation dazu erhalten.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit hätten wir den Politikplan 2015 – 2020 zur Kenntnis genommen und das Traktandum 3 beendet.

74. Erweiterung Primarschule, Kindergarten Gönhard, Projektierungskredit

Mit Botschaft vom 7. September 2015 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge den Projektierungskredit für die Erweiterung der Primarschule und des Kindergartens Gönhard in der Höhe von Fr. 580'000.-- inkl. MwSt. bewilligen.*

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Zu diesem Geschäft liegt ein **Ergänzungsantrag der CVP-Fraktion** vor mit folgendem Wortlaut:

Mit dem Baukredit soll dem Einwohnerrat ein Vorschlag unterbreitet werden, wie auf der Fläche von 34 Quadratmetern (entspricht der Fläche von 2 geplanten Musikzimmern à je 17 Quadratmeter) 3 – 4 Musikkabinen aufgestellt werden können.

Die FPGK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 22. September 2015 beraten und empfiehlt es dem Einwohnerrat einstimmig zur Annahme.

Ulrich Fischer, Sprecher der FGPK: Aus der Mitte der Kommission kam die Idee, dass ich etwas zu diesem Geschäft sagen solle, da ja unser Präsident Markus Hutmacher heute schon ein langes Votum zum Budget hatte. Ich werde auf das eingehen, was nicht im Protokoll steht. Die Kommission hat sehr positiv zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat vielleicht künftig auf einstufige, offene Wettbewerbe verzichten will bei solch relativ kleinen Bausummen. Wir haben das einmal ausgerechnet: Ein solches Projekt kostet ja für ein Architekturbüro ungefähr 30'000 Franken. Bei 50 Projekten sind das 1,5 Mio. Franken, welche da verbraucht werden. Letztendlich werden ja die Wettbewerbskosten, welche die Büros haben, auf die Bauprojekte umgelegt. Es waren 51 Projekte, welche geprüft worden sind. Die Wettbewerbsjury hat 45 Projekte an einem Tag geprüft. Das waren 10 Minuten pro Projekt. 5 Projekte wurden am nächsten Tag vertieft geprüft. Ich glaube, da entstehen noch einmal Jurierungskosten, abgesehen davon, dass man sich dann wieder fragen muss, wie seriös da eine Prüfung noch ist. In der Kommission wurde positiv zur Kenntnis genommen, dass deutliche Sparbemühungen im Projekt sichtbar sind. Das sah man in der Verkleinerung des Raumprogramms und auch in der Auswahl des Projektes. Auch der Baustandard wurde begrüsst. Wir haben nicht verstanden, dass die Umgebungsarbeiten relativ teuer sind mit 500'000 Franken. Die Stadträtin Franziska Graf hat eigentlich angeboten, dass es dann einen Lokaltermin im Perimeter geben solle, wo man sich das anschauen könne und das noch einmal diskutiert würde. Insgesamt fand die Kommission, dass das Projekt in der Aktenauflage gut dokumentiert gewesen sei. Man wünscht sich allerdings in künftigen Berichten und Anträgen an den Einwohnerrat zu Bauprojekten einen aussagekräftigen Grundrissplan. Es haben doch einige gesagt, dass es nicht immer möglich sei, in den Auflageraum zu gehen. Die Kommission empfiehlt den Projektierungskredit einstimmig zur Annahme.

Ich erlaube mir noch eine Bemerkung als Mitglied unserer Fraktion und als Mitglied der FGPK: Ich danke eigentlich unserer Kollegin Susanne Heuberger. Ich habe mich lange nicht mehr so intensiv an meine Schulzeit in der Adolf Reichwein Schule zurückgesetzt gefühlt wie beim Rüffel der FGPK. Es war wie bei uns in der zwölften Klasse. Da wurden wir so zusammengestaucht, wenn irgendetwas nicht klappte. Ich fand die Kritik insofern nicht ganz gerechtfertigt, als dass man fragen kann, wie man die FGPK auffasst. Für mich ist die FGPK nicht das Entscheidorgan der Legislative. Das ist doch der Gesamteinwohnerrat. Die Tatsache, dass nicht alle Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten in der FGPK sind, spielt sicher auch eine Rolle. Aber ich glaube, unsere Aufgabe wäre ja vor allem, nachzufragen und die Diskussion mit dem Stadtrat und der Verwaltung zu suchen. Aber wenn man die Erkenntnisse dann in den Fraktionen bespricht und das dann wieder in den Einwohnerrat bringt, dünkt mich das eigentlich auch sachgerecht.

Peter Roschi: Mehr Schüler bedeuten mehr Musikschüler. Unterricht findet zurzeit, das habe ich Ihnen schon gesagt, in Räumen statt, welche den Namen Musikraum nicht verdienen. Ich habe das vorher abgeklärt und auch mit dem Musikschulleiter, der Schulpflegerin und der Schulleitung gesprochen und sie alle unterstützen es, dass man bei diesen 34 Quadratmetern, welche für die beiden Musikzimmer zur Verfügung stehen, einmal prüfen würde, ob dort nicht Musikkabinen aufgestellt werden könnten. Es müssten Räume sein, in welchen gut und anständig unterrichtet werden könnte. So, wie wir das jetzt haben, geht es nicht mehr. Mit dem Baukredit kann das Vorhaben dann immer noch abgelehnt werden, wenn man sieht, dass es nicht geht. Wenn Sie jetzt Ja dazu sagen, wird es einmal geprüft und ich bitte Sie, dem Ergänzungsantrag zuzustimmen, sodass man nachher mit dem Baukredit sieht, ob das geht oder nicht.

Franziska Graf, Stadträtin: Wir sind ja schon geübt miteinander, Bauprojekte zu besprechen und deshalb fange ich nicht wieder bei allem Anfang an, sondern gehe nur auf den Ergänzungsantrag der CVP-Fraktion ein. Wenn dann sonst noch Fragen sind, stehe ich zur Verfügung. Der Stadtrat hat das besprochen und ist der Meinung, dass es genau der richtige Moment ist, eine solche Idee einzubringen. Es geht darum, Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten. Das würde der Stadtrat gerne im Rahmen des Baukredites tun und deshalb empfiehlt Ihnen der Stadtrat, diesen Ergänzungsantrag zu überweisen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der CVP-Fraktion:

Der Ergänzungsantrag der CVP-Fraktion wird mit 47 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme **angenommen.**

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

<u>Beschluss</u>

Der Einwohnerrat bewilligt den Projektierungskredit für die Erweiterung der Primarschule und des Kindergartens Gönhard in der Höhe von Fr. 580'000.-- inkl. MwSt. Mit dem Baukredit soll dem Einwohnerrat ein Vorschlag unterbreitet werden, wie auf der Fläche von 34 Quadratmetern (entspricht der Fläche von 2 geplanten Musikzimmern à je 17 Quadratmeter) 3 - 4 Musikkabinen aufgestellt werden können.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 16. November 2015 statt. Dazwischen gibt es noch das Parlamentetreffen der Aareland-Städte in Zofingen am 26. Oktober 2015, für welches man sich bis heute anmelden konnte. Ich denke, das kann man auch morgen noch tun. Die Präsidialkonferenz findet am 9. November 2015 statt. Dort werden wir das Thema der FPGK noch einmal aufgreifen. Ich danke vielmals für das Ausharren, wünsche allen eine gute Heimkehr und eine gute Nacht.

Schluss der Sitzung: 23.55 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU
Die Präsidentin:

Danièle Zatti Kuhn

Der Protokollführer:

Stefan Berner